



Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag.
Postfachamt 57344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Reiseurkunden.

Bezieht mit Ausnahme
des Montag (täglich 1908).

2. Jahrgang.

Freitag, 10. November 1922.

Nr. 264.

Das „psychologische Moment“.

Die tschechischen Machthaber haben zarte Nerven. Sieht man nur die derbe robuste Art ihres Zugriffs bei der Drosselung der deutschen Schulwesens, ihre bedenkenlose Handhabung der Parlamentsmaschine und ihre handfeste, von keinerlei Gerechtigkeitsgefühl getriebene Mißachtung der sprachlichen Rechte der anderen Nationen im Staate, dann möchte man es nicht glauben, daß dieselben mit so kräftigen Fäusten und Ellenbogen ausgerüsteten Menschen daneben auch noch eine zartbesaitete Seele haben. So beteuern es wenigstens sie selbst. So oft die Frage des nationalen Ausgleichs in Frage kommt, berufen sie sich auf das „psychologische Moment“, das gerade jetzt — und dieses „gerade jetzt“ dauert schon vier Jahre — es ausschließt, daß es dieser Frage näherzutreten könnten. Immer ist es irgend ein Vorfall, heiße er nun Eger, Brünn, Jglaun oder sonstwie, oder eine bramarbasierende Äußerung eines der übernationalen deutschen Politiker, welche die zarte Psyche der empfindsamen Gemütsmenschen in jenen Zustand versetzt, der das „psychologische Moment“ heißt und der einem Ausgleich mit den anderen Nationen so abhold ist. Dieser seelische Eigenart der tschechischen Machthaber ist nicht neu und man hat sich schon längst daran gewöhnt, sie ohne besonderes Erstaunen auf das Konto zu schreiben, das noch mehr solcher Landeseigentümlichkeiten aufweist. Nun hat sich aber auch das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten, das „Pravo Lidu“, die Terminologie vom „psychologischen Moment“ zu eigen gemacht, was die Mühe nicht scheuen macht, dieser in der tschechischen Politik so heftig auftretenden Psychologie einige Betrachtungen zu widmen.

Das „Pravo Lidu“ hat seine Eignung zum Schwurzeugen dieser psychologischen Feindseligkeit bei Gelegenheit der Einbringung des Dringlichkeitsantrages unserer Partei auf Einsetzung eines Ausgleichsausschusses entdeckt. Es bekämpft diesen Antrag — mit den anderen Scheingründen des Blattes haben wir uns bereits beschäftigt — damit, daß es behauptet, daß es die psychologischen Voraussetzungen absolut nicht sehe, um das deutsch-tschechische Problem verhandeln zu können. Die tschechische Doffentlichkeit sei wegen des provokatorischen Auftretens des Abgeordneten Lodgman bei der Verhandlung der Angelegenheit Vaeran im Parlamente sehr erregt, welcher taktische Umstand von den Ueberreichern des Antrages nicht erwogen worden sei. Das, was das „Pravo Lidu“ als die „tschechische Doffentlichkeit“ bezeichnet, hat man noch nie in einem anderen Zustand als in dem der „Erregung“ gesehen, denn um einen Anlaß dazu kann sie niemals verlegen sein. Das gleiche gilt von dem, was die Deutschnationalen die „deutsche Doffentlichkeit“ nennen. Daß diese Reiz- und Erregbaren in beiden Lagern immerwährend Ursache zu neuen Emotionen erhalten, dafür sorgen schon die Nationalen von hüben und drüben. Die deutschen Sozialdemokraten haben dennoch stets ohne die besorgte Rücksichtnahme auf die Psyche der ewig erregten nationalen Extremisten den Gedanken der nationalen Einigung vertreten, während das Blatt der tschechischen Sozialdemokraten vor der psychologischen Verfassung der loschenden nationalistischen „Volkseele“ die internationalen und sozialistischen Segel streicht. Als Sprachrohr dieser „Psychologie“ steht übrigens das „Pravo Lidu“ nur die aufgeregten Gemüter auf der einen Seite, und will noch immer nicht glauben, daß gerade seine Partei durch die Bedrückung des deutschen Schulwesens, die während der Ministerchaft Habrmans am ärgsten betrieben wurde, schwere Mitschuld an der Schürung des nationalen Hasses in der deutschen Bevölkerung auf sich geladen hat. Der immer weitere Kreise erfassende nationale Haß sollte auch dem „Pravo Lidu“, anstatt ein Grund für die Ablehnung am nationalen Ausgleichswerk mitzutun, Ansporn sein, die Sicherung der nationalen und kulturellen Rechte aller Völker zu fördern. Je länger die Herrschaft des tschechischen Nationalismus dauert, desto mehr wird dies eine Vertiefung der

„Die Stabilisierung der Mark, der Leitgedanke der deutschen Politik.“

Berlin, 9. November. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler hat heute den Parteiführern den Wortlaut der Note der Sachverständigen bekanntgegeben. Dabei betonte er ausdrücklich, daß die Note der Reichsregierung die einmütige Auffassung des Kabinetts darstelle. Dringend nötig sei es, daß die ernsthafteste Forderung nach Stabilisierung der Mark der Leitgedanke der deutschen Politik sein müsse. Auch die Reichsbank werde bei der Stabilisierung tatkräftig mitwirken. An die Darlegungen des Kanzlers schloß sich eine kurze Aussprache an. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zustimmung zur Note erklärt und es als dringend erforderlich bezeichnet, daß die dauernde Besserung der Verhältnisse bei der deutschen Regierung liege. Die bürgerlichen Parteiführer beschränkten sich auf formelle Bemerkungen.

Die Besprechungen der Note der Regierung sollen Freitag im auswärtigen Ausschuh des Reichstages und Dienstag im Plenum erfolgen. Der Reichstag wird aber schon Montag eröffnet werden und es wird den Fraktionen in einer kurzen Sitzung die Möglichkeit zur Aussprache gegeben werden. Die sozialdemokratische Fraktion ist für Montag Nachmittag zu einer Besprechung eingeladen worden.

Stinnes gegen die Markstabilisierung. Und für den Zehnstundentag!

Berlin, 9. November. (Eigenbericht.) Kommt die Möglichkeit in Sicht, daß die Stabilisierung der Mark durchgeführt wird, setzen einflussreiche industrielle Kreise alles in Bewegung, um deren Zustandekommen zu verhindern. Am Reichswirtschaftsrat hat Hugo Stinnes unter Zustimmung der anderen Industriellen sich offen als Gegner der Stabilisierung bekannt, zur Wiederherstellung der Wirtschaft aber Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden verlangt. Die Beweggründe für dieses Vorgehen sind zur Genüge bekannt. Angesichts dessen ist zu erwarten, daß es sowohl Freitag im auswärtigen Ausschuh als auch Dienstag im Reichstag zu heftigen Auseinandersetzungen kommen wird.

Das Ergebnis der polnischen Wahlen.

Warschau, 9. November. Die „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht heute auf Grund der nicht-offiziellen Wahlergebnisse folgende Zusammenstellung sämtlicher Mandate für den Sejm: Nationaldemokraten 129 Mandate, polnische Volkspartei (Witosgruppe) 57, die polnische sozialistische Partei 37, die polnische Volkspartei 35, der Bund der nationalen Minderheiten 53, die ukrainische Bauernpartei 4, das polnische Zentrum 4, die Kommunisten 2, die nationale Arbeiterpartei 15, die radikale Bauernpartei 4, die polnische Volkspartei der Linken (Gruppe Szypniski) 1, die nationaljüdische Partei (Zionisten) 14, der Volksrat im Wilnaer Gebiet 1 und der nationaljüdische Verband 1 Mandat.

nationalen Gegensätze betreiben und auch das „Pravo Lidu“ sollte einsehen, daß bei Fortdauer der Rechtsunsicherheit und der Willkür der Herrschaftsnation gegenüber den anderen Volksstämmen, die Hoffnung auf das „psychologische Moment“, das ist auf den Augenblick, da eine Abregung der nationalistischen Gemüter erfolgt, immer geringer werden muß. Worüber ist nun die mimosenhafte Psyche der „tschechischen Doffentlichkeit“ so außer Rand und Band, daß die tschechischen Sozialdemokraten aus Rücksicht darauf den Gedanken des nationalen Ausgleichs als „unzeitgemäß“ erklären? Es sind die Reden und das Treiben derer um Lodgman und Vaeran. Weil die Gruppe der Deutschnationalen und Deutschgelben großmütig den „Hochverrat als Pflicht aller deutschen Abgeordneten“ erklärten, soll der Zeitpunkt für die Aufrollung der nationalen Frage „nicht günstig“ sein! Nun, der ganze „Hochverrat“ der Lodgmanleute ist bis jetzt über bombastische Worte nicht hinausgekommen, und es gibt kaum ein tschechisches Blatt, das ihn nicht als eine mehr lächerliche, denn als tragische nehmende „Operettenverhöhnung“ verpötte hätte. Für das „Pravo Lidu“, dagegen ist diese „Hochverräterei“ Anlaß, in düsteren Ernst zu versinken und sich zum Schalltrichter für das

Die deutsche Note an die Reparationskommission.

Berlin, 9. November. Die Note der deutschen Regierung in der sie, entsprechend der Aufforderung der Reparationskommission, ergänzende Ausführungen macht, ist noch gestern abends der Reparationskommission eingehandigt worden und besagt in ihren Hauptzügen: Die Regierung erklärt erneut, daß sie die Festigung und Besserung des Markkurses als die augenblicklich dringendste Aufgabe betrachte. Ein dauernder Erfolg werde nur dann verbürgt, wenn eine endgültige Lösung des ganzen Reparationsproblems sofort in Angriff genommen und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird. Immerhin scheint es jetzt möglich, im Wege eines Zusammenarbeitens eines internationalen Syndikats mit der Deutschen Reichsbank Maßnahmen zur Stützung der Mark zu ergreifen. Die deutsche Regierung empfiehlt die Pläne der Sachverständigen der ernsten Beachtung der Reparationskommission und bittet, sie als Grundlage für die weitere Behandlung der Stabilisierungsfrage zu benutzen. Die deutsche Regierung macht sich besonders den Gedanken zu eigen, daß die Stützungssaktion durch ein internationales Bankensyndikat sofort in Angriff genommen werde, und auch die Reichsbank hat sich bereit erklärt, ihrerseits mitzuwirken und sich an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen. Die erste Bedingung der Sachverständigen geht dahin, daß während der Tätigkeit des internationalen Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der gewährten Vorschüsse Deutschland von jeder Barzahlung und Sachlieferung vorübergehend befreit werden müsse. Die Reichsregierung ist jedoch bereit, die Lieferungen für den Wiederaufbau auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, soweit sie möglich sind ohne Vermehrung der schwebenden Schuld und soweit sie aus dem Budget zu bestreiten sind.

Die Orientreise.

Konstantinopel, 8. Nov. (Havas.) Die Angora-Regierung wiederholt in Erwiderung auf die Note der alliierten Oberkommissäre ihre Forderung nach Räumung Konstantinopels seitens der Alliierten und Entlassung ihrer Kriegsschiffe. Angora erklärt, die Anwesenheit der Kriegsschiffe der Alliierten im Bosporus sei mit der Spezialistischen Verwaltung in Konstantinopel unvereinbar.

Schwere Wahlniederlage der Harbing-Partei.

New York, 8. November. (Reuter.) Die Republikaner haben bisher kein einziges demokratisches Mitglied des Repräsentantenhauses geschlagen.

Hochverratsgeschrei zu machen. Aber auch die Lodgman und Jung sprachen doch fast vier Jahre anders — welcher Anlaß bestand damals, an die Lösung des nationalen Problems heranzugehen? Damals fand sich natürlich auch stets ein Anlaß, um der Abneigung für die Ausgleichsaktion den Deckmantel abzugeben. Wer eifrig sucht, der findet. Und da die tschechischen Sozialdemokraten durch ihr Verharren in der Koalition das herrschende Unrechtsregime zu stützen sich mühen, so wird auch in Zukunft das „psychologische Moment“ reichlich Nahrung erhalten. Aber selbst wenn man geneigt ist, das aufgedommerte Gerede der Lodgmanianer bitter ernst zu nehmen — wovor das „Pravo Lidu“ durch politische Einsicht und Kenntnis der Weltlage behütet sein sollte — so bildet die Anhängerschaft der „Kampfgemeinschaft“ einen so geringen Bruchteil der deutschen Abgeordneten und der deutschen Bevölkerung, daß es sinnlos ist, dafür die Deutschen schlechtweg verantwortlich zu machen. Dessen muß sich doch auch das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten bewußt sein und darum kann seine Anrufung des „psychologischen Moments“ nicht anders denn als eine Flucht vor der Verpflichtung, an der Vereinigung der nationalen Frage mitzuwirken, angesehen werden.

Die neue bayerische Regierung.

Am Mittwoch, den 8. November, dem Tage der vierjährigen Wiederkehr der bayerischen Revolution und der Gründung des sogenannten Freistaates Bayern, hat der bayerische Landtag einen neuen bayerischen Ministerpräsidenten gewählt, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten mit 86 Stimmen der Deutschnationalen, der Liberalen und des Bayerischen Bauernbundes, der in jeder Regierung, ob links oder rechts, vertreten ist. Der neue bayerische Ministerpräsident, Herr Dr. von Knilling, war einmal ein liberal angehauchter Beamter unter dem früheren monarchischen Regime. Diese Tatsache würde ihm freilich nicht den keineswegs bequemen Posten des bayerischen Premiers verschafft haben, wenn er nicht der einzige von den Ministern des letzten bayerischen Königs gewesen wäre, der vor der Revolution, am 7. November 1918, gewarnt und die nötigen Sicherungsmaßnahmen verlangt hätte. Für die Macht der parlamentarisch verhältnismäßig schwachen Deutschnationalen ist es bezeichnend, daß ihnen der liberale Herr von Knilling nur durch die ausdrückliche Erwähnung dieser letzteren Tatsache schmuckhaft gemacht werden konnte. Es ist dies umso wichtiger, als die Deutschnationalen in Bayern wie im ganzen Reich die legalen Protokollanten der illegalen bayerischen und deutschen Faschistenverbände sind. Herr von Knilling hat sich denn auch noch dadurch empfohlen, daß er bei der letzten gefährlichen Auseinandersetzung mit dem Reich zu den rechtsradikalen Scharfmachern zählte, die lieber heute als morgen der Republik Vales sagen möchten. Trotzdem ist Herr Dr. Knilling als Beamtenminister — er ist allerdings auch Mitglied des bayerischen Landtages — nur eine Verlegenheitskandidatur, die von den Rechtsradikalen und ihren Freunden in der Bayerischen Volkspartei nur deswegen angenommen wird, weil die Zeit zwar für Probemobilmaneuern, aber nicht für den faschistischen Endsturm reif ist. Zuerst soll sich das parlamentarische Regime der deutschen Republik abwirtschaften, wie der bekannte bayerische Agrarierführer sein Entreten für die Verlängerung der Amtsperiode Eberts begründete. Auch in Bayern soll sich das Einparteieregime zugrunde richten, damit die Vorbedingungen für die Einrichtung eines starken Staatspräsidenten mit diktatorischen Vollmachten und einer zweiten, die Rechte der Vollkammer beschneidenden berufsständischen Kammer geschaffen werden, die ein Instrument für die Vorherrschaft der Agrarier und damit für die politische Reaktion in ganz Deutschland bilden sollen.

Diese Politik in Bayern und Deutschland hat Methode. Sie mißt jede Schwäche der republikanischen Einrichtungen aus. Sie weiß, daß die Republik in Deutschland nicht von heute auf morgen billiges Brot und gutes Geld herzaubern kann, und sie begründet damit die Notwendigkeit einer straffen nationalen Diktatur, die natürlich nur eine militärische sein und sich auf die alte kaiserliche Armee stützen kann, die in verstedten Formen heute noch ihr Leben weiterfrischt. Diese faschistische Diktatur soll den Volksmassen wieder Vertrauen zum Staate, und dem Auslande wieder Vertrauen zur deutschen Nation einflößen. Man darf nicht verkennen, welche gefährlichen und in ihren Auswirkungen verhängnisvollen Gedankenwänge diese methodische Politik der deutschen Reaktion beherrschen. Bayern ist für diese Politik nur das Aufmarschgebiet der deutschen Faschisten. Es ist der Konzentrationspol für alle rückwärts gerichteten Kräfte des deutschen Volkes, und deswegen kommt ihm die Bedeutung eines Barometers der deutschen Politik zu. Eben weil Bayern heute das Lager Deutschlands darstellt, wie sich der Agrarierführer Heim auf der letzten Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei Ende Oktober ausdrückte, kann an der Spitze der bayerischen Regierung kein schwacher Mann wie der Graf Lerchenfeld stehen, der, in Reichsdienst aufgewachsen, nur allzusehr geneigt ist, Kompromisse zu suchen und so die Front der deutschen Faschisten zu schwächen. Darum mußte Lerchenfeld fallen, er mußte mit allen Mitteln gestürzt werden. Seine Gegner bedienten sich sogar der Verächtlichkeit in einer privaten Angelegenheit, deren oberster Hüter als bayerischer interimistischer Justizminister Graf Lerchenfeld selber war. Aber es ist vom Standpunkte einer systematisch fortschreitenden Reaktion ganz folgerichtig gedacht, daß sie keinen Mann als Premier duldet, der die psychologische Wucht der Faschistenbewegung beeinträchtigt. Diesen Gedankenwängen, die strategischen Ueberlegungen entspringen, kam die bayerische liberale Partei entgegen, weil sie fürchten

muss, daß sie ebenso wie in Italien der Gefangene der faschistischen Politik wird, wenn ein großer Teil ihrer Anhänger in den Städten und auf dem Lande zu den Reichsradikalen überläuft. Die bayerischen Reichsradikalen haben bereits nach dem Muster der italienischen Faschisten angefangen, bewaffnete Expeditionen auf das Land zu unternehmen und die Verwaltungsgebäude der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Zeitungen und Konsumgenossenschaften nach dem Muster des italienischen Faschismus zu bedrohen. Die Merkanten suchen die Forderung dadurch zu behalten, daß sie einen bayerischen Staatspräsidenten schaffen, der aus ihren Reihen hervorgeht.

Das ist der Stand der Dinge in Bayern, und niemand kann im Augenblicke sagen, wann die Regierung des Herrn von Künzing durch eine legale Diktatur des früheren Herrn von Kahr abgelöst wird. Die vereinigen Reaktionen sind inzwischen auch klüger geworden: sie machen es nicht mehr so, wie Kapp und Erhardt in den Märztagen des Jahres 1920, sie machen nur mehr einen legalen Putsch, der ihnen dennoch die Macht in die Hände gibt. Dieser legale Putsch — ein scheinbarer Widerspruch in sich selber — soll darin bestehen, daß durch eine künstlich und militärisch erzeugte Waffenerregung sich die Notwendigkeit der Einsetzung eines Diktators ergibt, der dem bayerischen Landtage Verfassungsänderungen entwirft und so die bayerische Staatsmacht in seiner Person konzentriert. Die Person ist nun die Frage. Die Merkanten lieben den protestantischen Herrn von Kahr nicht, und die Reichsradikalen haben eben Herrn von Kahr als bayerischen Diktator vorgezogen, wobei sie darauf spekulieren, daß die Entwicklung der Dinge für sie ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben einmütig beschlossen, zur Sicherung der deutschen Republik auch in Bayern einen Selbstschutz einzurichten, der die faschistischen Gewalttätigkeiten abwehren soll. Trotzdem wird die Entscheidung über die Frage Republik oder Reaktion in Deutschland nicht in erster Linie in Bayern fallen, sondern in Berlin, wo die Republik anfangen muß, die Abwehr systematisch zu organisieren, wenn sie nicht vor dem nationalen deutschen Faschismus kapitulieren will.

Für die Tschechoslowakei ist es von nicht geringer Bedeutung, daß sich die deutschen Agrarier und Reaktionen in unserer Republik und die Faschisten in Bayern gegenseitig in die Hände arbeiten, nachdem sie auch rein geographisch aneinandergrenzen. Jedes Fortschreiten der Reaktion in Deutschland muß unweigerlich zu einer Verstärkung des tschechischen und süddeutschen Nationalismus und zu einer Förderung der habsburgischen und sonstigen Restaurationspläne führen.

Die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten.

München, 9. November. (Wolff.) Im bayerischen Landtage gab heute der neu gewählte Ministerpräsident Dr. von Künzing eine Regierungserklärung ab, in der er zunächst mitteilte, daß er die bisherigen Ressortminister auch in sein Kabinett übernommen habe. Er erklärte, daß das Koalitionsprogramm des früheren Ministerpräsidenten von Kahr vom Jahre 1920 auch heute noch eine maßgebende Grundlage bilde. Er wolle gegen jede Anzweiflung der Reichstreue Bayerns Verwahrung einlegen. Man werde ihn jedoch jederzeit auf dem Plan finden, Bayerns Selbstständigkeit zu verteidigen. Der Ministerpräsident erklärte weiter: Heute, wo niemand mehr sich der Tatsache des ständigen Zusammenbruchs der Erfüllungspolitik um jeden Preis verschließen könne, erwarten unzählige in Deutschland, daß die Reichsregierung die Kraft zu einer zielbewußten, von nationalem Empfinden getragenen Politik finden werde.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Proletarische Feiertunden.

Von Felix Stüssinger (Berlin).

Die Berliner Arbeiterschaft hat seit vielen Jahren Großes und Schönes auf dem Gebiete der Arbeiterkultur geschaffen. Die Arbeiterbildungsschule, ein Werk von Wilhelm Liebknecht, die Betriebsratesschule, die Mitarbeit an der Volkshochschule haben einen Strom von Wissen und Bildung durch das Proletariat geleitet. Aber auch künstlerisch haben die Bildungsausschüsse viel geleistet. Eine große Anzahl Konzerte, Vorlesungen, Theateraufführungen werden den Arbeitern von ihren Parteiorganisationen geboten. Freilich sind diese Veranstaltungen nicht ohne weiteres gutzuheißen. Gerade in Berlin wurde besonders in den letzten Jahren gefordert, daß die Partei nur das machen soll, was wirklich sozialistisch ist. Die Partei ist kein Vergnügungskomitee, sondern eine Kampforganisation. Die Partei verbreitet keine allgemeine Bildung, sondern eine Klassenbildung; für das andere sind die Volkshochschulen und andere populärwissenschaftlichen Veranstaltungen da. Ebenso wurde argumentiert, soll sich die Partei der Kunst nicht als eines Mittels der Unterhaltung sondern der Steigerung aller Parteikräfte bedienen. Also nicht die üblichen Konzertprogramme und die weniger beliebten aber auch veranstalteten Vorlesungen „reiner“ Kunst, sondern stets nur das, was mit-

Inland.

Der Antrag der 17.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Czoch auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses, der die Verwirklichung des nationalen Friedens zum Ziele hat, wird auch von unserer Parteipresse der Provinz lebhaft begrüßt. So sagt die *„Freiheit“*:

Wir kennen nicht das Schicksal dieses Antrages. Wir wollen auch keine überschwänglichen Hoffnungen an ihn knüpfen. Aber jenseit der sozialdemokratischen Versuch, dann ist damit nicht nur vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt der Beweis erbracht, daß das tschechische Völkertum von einer Regelung der nationalen Streitfragen, von einer geistlichen Festlegung der Rechte der Nationen nichts wissen will, daß es nichts anderes will als herrschen. Unsere Partei hat mit der Einbringung dieses Antrages ihre internationale Pflicht erfüllt. Sie hat damit bewiesen, daß es ihr heiliger Ernst ist mit dem Bemühen, Frieden zu schaffen den Nationen, sie hat damit auch bewiesen, daß es ihr ernst ist damit, allen Völkern gleiches Recht zu sichern. Und ihr gutes Wort ist nicht, wenn es auch jetzt am Sturzpunkt und an der Unversöhnlichkeit des tschechischen Nationalismus scheitern sollte, sicher für die Zukunft wirksam werden.

Der *„Arbeiter“* schreibt:

Vor dreizehn Jahren haben die Sozialdemokraten im alten Österreich den Weg gezeigt, der zum Weiterbestehen des Staates hätte führen können ohne Droßelung der Nationen, oder besser, eben durch die Einstellung dieser Droßelungen. Von denen, die es damals unmöglich machten, die selbstverständliche Gerechtigkeit wahren zu lassen, kann heute, wohl ohne Widerspruch erwarten zu müssen, gesagt werden, daß sie dem Volke, dem sie angehören, einen schlechten Dienst erwiesen. Heute wieder erheben die deutschen Sozialdemokraten sich und zeigen neuerlich den Weg. Zwischen damals und heute liegt der Weltkrieg, liegt die Zerrüttung jenes Österreich, das nicht auf die Stimme der Vernunft hörte und ein Verleumdung für die Völker bleiben wollte, heute heißt der Staat, der Österreichs Erbe angetreten hat, Tschechoslowakische Republik, und die Frage, die an seine herrschende Bourgeoisie gestellt wird — an sie und an die Gefangenen der tschechisch-bourgeois Ideologie — ist die, ob sie die Bahn, die Österreichs Herrschende gegangen, gehen, oder ob sie den Weg zum nationalen Frieden suchen will, den Österreichs Herrscher erst sehen wollten, als Österreich schon zerbrochen war.

In der tschechischen Presse hat der Antrag des Genossen Dr. Czoch viel Staub aufgewirbelt, vor allem deswegen, weil er die große Zahl von 117 Unterschriften aufweist. Fast die gesamte Opposition hat durch den Antrag auf die Unmöglichkeit des bisherigen Zusammenlebens oder vielmehr Nebeneinanderlebens der Nationen im Staate hingewiesen, und das ist es auch, was die tschechische Presse am meisten bewegt und aufregt.

Unter dem Titel „Der Antrag der 117“ verweist das Amtsblatt, die „*Ceskoslovenska Republika*“, auf dessen angeblich geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit und bemängelt, daß bloß die Art der Revision der geltenden Verfassungsverhältnisse in der Republik, nicht aber ihr Programm ausgedrückt wird. Das Amtsblatt verweist auf die Verschiedenartigkeiten der Auffassung in der Opposition selbst und sagt dann:

„Anz und gut, die deutschen Sozialdemokraten mahnen auf jedes programmatische Wort verzichten, damit sie die nicht kleine Zahl von 117 Abgeordneten für den Antrag gewinnen. Leider müssen wir aber konstatieren, daß der Antrag der deutschen Sozialdemokraten nicht als ein Zeichen einer Klärung in der Opposition aufzufassen ist. Ganz im Gegenteil. Sein formeller Charakter zeigt, daß die Opposition in der Frage, in der bei ihr am ehesten Boden für eine Einigung vorhanden ist, zerfallen ist. Was denn erst, wenn es um eine kulturelle und soziale Frage ginge? Wie entfernten sich da die deutschen Agrarier, welche unlängst auf der Kreisversammlung in Böhmischo-Tepla die Aufhebung des

Ministeriums für soziale Fürsorge forderten, von den deutschen Sozialdemokraten, welche ihren tschechischen Genossen vorhalten, daß sie in der Regierung die sozialen Erregungskraften des Umsturzes zu wenig radikal unterstützen.“

Diese Ansicht zeigt natürlich ein vollständiges Verleugern des Sinnes unseres Antrages. Gerade um die kulturellen und sozialen Fragen, vor allem aber die wirtschaftlichen Fragen dieses Staates lösen zu können, gerade deswegen wird ja der nationale Ausgleich von uns verlangt.

Der *„Cas“* beschäftigt sich ebenfalls im Leitartikel mit dem Antrag und meint: „Wenig politischen Scharfblick hat Dr. Czoch, wenn er für seine Aktion auch die deutschen Extremisten gewonnen hat, von denen im Voraus bekannt war, daß sie die Aktion, wenn sie zu einem günstigen Erfolg führen würde, zerstören würden, weil sie die nationale Einigung, die Befriedigung der Deutschen im Rahmen dieses Staates nicht wünschen und weiter die slowakischen Volksparteiler durch deren Unterschriften Dr. Czoch seine Tat abgeschwächt hat.“ Weiterhin bellagt sich das Blatt über den Doktrinarismus unserer Partei, und insbesondere des Dr. Czoch, der den „psychologischen Moment“ verfaßt habe. Die einzige Bedeutung des Antrages sei die Demonstration des guten Willens Dr. Czochs und einiger deutscher Parteien. Man sieht aus den Ausführungen des *„Cas“*, wie ungelogen der Koalition der Antrag der Opposition gekommen ist. In den tschechischen Blättern hört man gar oft die Meinung, daß das psychologische Moment der Einigung entweder noch nicht da oder schon verfaßt sei. Wann wird dieses Moment endlich gegeben sein?

Bemerkenswert ist die Meinung der *„Prager Presse“*, die zum Schlusse ihres Leitartikels sagt:

Mögen jedoch die Intentionen, denen dieser Antrag entspringen ist, welche immer sein, mag die Zahl der Schwierigkeiten sich noch so häufen, welche einer Realisierung der Ausgleichsidee entgegensteht, so ist dieser Antrag doch zu begrüßen als ein Symptom dessen, daß der überwiegende Teil des deutschen Volkes offenbar die Thesen derer um Lodgman über die außerparlamentarische Arbeit nicht gutheißt, daß das deutsche Volk in der Tschechoslowakischen Republik positive Arbeit, auch in der Richtung eines Ausgleiches der nationalen Gegensätze will, daß es von der Gewißheit durchdrungen ist, daß diese Arbeit nur auf dem Boden des Parlamentes geleistet werden kann und daß mit ehrlicher Arbeit in jeder Richtung beim deutschen Volk eher Vorbeeren zu pflügen sind, als mit jenem bequemem Standpunkt, den diejenigen einnehmen, welche mangels anderer Kenntnisse nur vom Abau zu leben verstehen. Vielleicht wird aus diesem mit soviel Skeptizismus gelegten Samenorn einmal — nicht in drei Monaten — etwas Gutes entstehen.

Von der isolierten Presse äußern sich nur der *„Benkov“* und die *„Narodni Listy“*. Das agrarische Hauptorgan verweist, wie alle anderen Blätter, zunächst auf die Geschäftswidrigkeit des Antrages Dr. Czochs, ärgert sich sodann über die große Anzahl der Unterschriften und meint, daß die Minderheiten bei uns durch die Verfassung geradezu ideal bedacht wurden und daß in keinem der Nachbarstaaten die Minderheiten solche Rechte und solchen Schutz genießen, wie in der Tschechoslowakei. Das ist jedenfalls der beste und am weitesten gehende Standpunkt, der zur Nationalitätenfrage eingenommen werden kann. Das nationale demokratische Hauptorgan beschäftigt sich mit den Gegensätzen innerhalb der 117 oppositionellen Abgeordneten und meint, der Antrag habe die Absicht gehabt, der tschechischen Koalitionsmehrheit zu zeigen, daß gegen sie eine zahlenmäßig genügend starke Opposition geschlossen in der Einheitsfront daheißt. Sodann werden unserer Partei Vorwürfe gemacht, daß sie es innerhalb der vier Jahre des Bestehens der Republik nicht verstanden hat, der tschechischen Sozialdemokratie näher zu kommen. Die Nationaldemokraten tun so, als ob die nationale Verständigung des Proletariats ihre größte Sorge wäre und versuchen uns zu belehren, wie die Existenz der Arbeiterschaft am besten gesichert werden könnte, nämlich auf dem Boden des Staates. Die Sorge der Nationaldemokraten um die Arbeiterschaft ist wirklich rührend.

Ferner bespricht noch die *„Tribuna“* die Politik der Opposition und meint, daß der Antrag ein Beweis der Ohnmacht der Opposition und der Schwereffektivität „dieser bunten Gesellschaft“ sei. Ob die Opposition wohl deshalb ohnmächtig ist, weil sich 117 Abgeordnete zusammengefunden haben?

Die „nicht verständigten“ tschechischen Sozialdemokraten. Um einer Legendenbildung entgegenzuwirken, muß noch einmal auf die Behauptung des „Pravo Lidu“ von der Nichtverständigung der tschechischen Sozialdemokraten über die Einbringung des Ausgleichsantrages zurückgegriffen werden. Das Blatt schreibt darüber:

„Schließlich sind wir gezwungen, zu konstatieren, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie zur Unterfertigung dieses Antrages nicht aufgefordert wurde und es wurde mit ihr darüber auch gar nicht einmal verhandelt. Ohne Bitterkeit und ohne Rekriminationen teilen wir den tschechischen Genossen dieses Faktum mit.“

Wir haben schon gestern dargetan, daß niemand glaubt entgegen, die tschechischen Sozialdemokraten hätten in irgendeinem Falle den Antrag unserer Genossen mitunterzeichnet. Das beweist am besten das „Pravo Lidu“ selbst, welches mit so viel herbeigetragenen Argumenten die ablehnende Haltung seiner Partei zu dem „missglückten“ Antrag zu rechtfertigen sucht, daß man schon daraus entnehmen konnte, wie sich die tschechische Partei in jedem Falle verhalten hätte. Aber die Sache verlangt doch noch klarer dargestellt zu werden. Es ist nämlich gar nicht wahr, daß die tschechischen Sozialdemokraten von dem Antrag vor seiner Einbringung nichts wußten, vielmehr ist es Tatsache, daß ihnen vor der Einbringung der Antrag vorgelegt und sie um die Unterzeichnung erzwungen wurden, was sie mit dem Hinweis auf ihre Gebundenheit durch die Koalition ablehnten. Es entbehrt also auch die Aussage des „Pravo Lidu“ über eine Verletzung der Form jeder Begründung. Vielleicht teilt das „Pravo Lidu“ auch dieses Faktum „ohne Bitterkeit und ohne Rekriminationen“ den tschechischen Genossen mit.

Austritt des Abg. Medinger aus der deutschen Nationalpartei. Die bürgerlichen Blätter melden, daß sich Abgeordneter Dr. Medinger für parteilos erklärt hat, und zwar deswegen, weil er Vorsitzender der deutschen Völkerbundliga im tschechoslowakischen Staate ist, der alle deutschen Parteien angehören. Die Teilnahme der deutschen Sozialdemokraten an der Völkerbundliga mache ihm angeblich eine parteilose Stellung noch mehr zur Pflicht. — Die Gründe, welche die bürgerlichen Blätter für den Austritt des Abgeordneten Medinger aus der Nationalpartei aufzählen, scheinen uns nicht stichhaltig zu sein. Denn es ist bekannt, daß zwischen dem Abgeordneten Medinger und der unter Führung Lodgmans stehenden Nationalpartei schon längere Zeit Gegensätze bestehen, welche besonders trotz an demselben Tage zum Ausdruck kamen, da Lodgman die bekannte kampferfüllte Erklärung im Abgeordnetenhause abgegeben hat und in welcher er vom Sozialismus als der Pflicht jedes deutschen Abgeordneten sprach. An diesem Tage nämlich sprach Medinger zum Berichterstatter eines Genfer Blattes von der Loyalität der deutschen Abgeordneten. So ist die Stellung Medingers in der Völkerbundliga ihm ein willkommener Anlaß gewesen, die Bande, die ihn an die Nationalpartei knüpfen, zu lösen. Im übrigen glauben wir schon, daß es ein Mann wie Medinger in der von Lodgman und Jung geführten Kampfgemeinschaft auf die Dauer nicht aushalten konnte.

Die tschechischen Minderheiten gegen die „Minderheitsarbeit“ der nationaltschechischen Heber. Wie die *„Pilsener sozialdemokratische „Nová Doba“* meldet, hat am Samstag in Pilsen eine Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauens-

dem er hält diesen Sieg für ein Gebot religiöser Sittlichkeit. Und schließlich versucht er der Masse das, was sie sonst in der Reaktion der Kirche empfängt, auf seine Weise zu bieten: eine Erhebung aus der Welt der ermüdenden Kämpfe und der zernagenden Leiden in die Welt des Tons, der Musik, der Läuterung, des Glaubens an die sittliche Höhe und menschliche Notwendigkeit des proletarischen Erlösungskampfes.

Diese innere Welt versuchen die Proletarischen Feiertunden in einer Kunstfeier darzustellen, und zwar so, daß die Masse kein einfaches, satt genießendes Publikum mehr ist, dem etwas „geboten“ wird, sondern daß die Masse zum Helden, zum Mitspieler, zum bewußten Träger und verantwortlichen Sprecher ihrer Feiertunde wird.

Zum erstenmal seit Jahrtausenden konnte aus dieser Bestimmung heraus der Chor der griechischen Tragödie neu erfährt, erlebt und angewendet werden. Ein Sprecher, der Proletarische Sprecher, ist der eigentliche Held, das Zentrum der Feiertunden, ohne den keine Proletarische Feiertunde mehr denkbar ist. In der griechischen Tragödie war der Chor der Sprecher der Menschheit, die an der Tragödie nicht persönlich beteiligt ist, aber als Zuschauer zu ihr in Gefängen und Wechselreden Stellung nimmt.

sondern er ist selbst der Held und sein eigenes Leiden ist die Tragödie, die er selbst zum Ausdruck bringt.

Der Sprecher hat zwar auch Solisten, aber die Einzelsprecher sind nicht vom Chöre weisensverschieden. Sie treten etwas hervor, aber nur um das, was die Masse erlebt, deutlicher, edler, überzeugender auszudrücken. Sie sind die Führer der namenlosen Masse, aber nur durch ihren Zusammenhang mit der Masse, dem Chöre, haben sie, ebenso wie der Arbeiterführer, eine Bedeutung. Ihre Persönlichkeit ist nicht etwas Selbständiges. Ihre Stellung besteht gerade darin, daß sie auf Selbständigkeit, Ruhm, Ehrgeiz und Besonderheit des Schicksals verzichten und im Aussprechen dessen, was sich in der Seele der Masse zum Licht ringt, ihre edelste, ihre einzige Aufgabe erblicken.

Der Sprecher setzt sich nur aus Männern, Frauen und Kindern der Arbeiter zusammen. Dieselbe Masse, die im berausenden Dunkel des Theaters, im Risenrund stumm die Eindriffe des Lichts, der Worte, der Musik empfängt, spricht durch den Mund ihrer Brüder, Schwestern, Kinder im Sprecher ihr innerstes Empfinden aus. Nichts kann dieser Unmittelbarkeit gleichkommen. Während sonst zwischen dem Wort des Dichters und der Seele des Zuschauers der Schauspielers, der engagierte, gebildete, geschulte, bewußte, technisch interessierte Sprecher steht, der Empfindungen hat, sie aber dennoch spielt, kommt aus dem Sprecher alles heraus, als ob

telbar in die Seele des Arbeiters als Klassenkämpfer einschlägt. In solcher Arbeit sollte die Kulturarbeit der Arbeiterschaft gipfeln.

Keine Erfüllung — die ist heute auch gar nicht möglich — aber der Weg zu ihr sind die Proletarischen Feiertunden, die die Arbeiterbildungsschule der U.S.P. seit zwei Jahren im Großen Schauspielhaus veranstaltet, und die auch dieses Jahr wieder mit großem inneren und äußeren Erfolge fortgesetzt worden sind.

Die Proletarischen Feiertunden sind keine Konzert- und Rezitationsveranstaltungen der hergebrachten Weise. Sie sind etwas anderes, sie sind etwas Neues, sie sind wirklich das, was ihnen im Namen als Ziel gesetzt wurde — sie sind Feiertunden des Proletariats.

Die Proletarischen Feiertunden sind aus dem neuen sozialistischen Geist geboren, der wieder aus den unversiegbaren und unversiegbaren religiösen Quellen des menschlichen Daseins eine innere Stärkung sucht und auch schon gefunden hat. Während bisher jede religiöse Bewegung nach einer Revolution eine Reaktion der Romantik gegen die Aufklärung war, eine Verzweiflung der Seele vor der scheinbar unüberwindlichen Macht der ökonomischen und politischen Gewalten, ist die moderne religiös-sozialistische Bewegung keine Abwehr, sondern eine Vertiefung in den Geist des Sozialismus. Dieser religiöse Sozialismus weidet nicht, sondern bejaht den Klassenkampf. Er verzweifelt nicht am Siege des Sozialismus, son-

männer aus den tschechischen Minoritätsgebieten stattgefunden. Das Referat über die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Minoritätsgebieten erstattete der Sekretär der tschechischen sozialdemokratischen Partei A. Štěr. Zum Punkte „Der Stand der Minderheitsbewegung im tschechischen Wesen“ referierte der tschechische Sozialdemokrat B. J. a, der die Lage der Minderheiten behandelte und konstatierte, daß die Minderheiten in tschechischen Minderheiten in Westböhmen größtenteils in der tschechischen sozialdemokratischen Partei organisiert sind. Zum Schlusse der Beratung wurde eine Resolution gefaßt, in die die Versammelten einstimmig die unbedachtamen und lärmenden Massenfahrten in die deutschen Städte verurteilen, da diese den tschechischen Minderheiten und der tschechischen Nation auch vom staatlichen Gesichtspunkte nicht nützen, sondern in ihren Folgen die Angehörigen der Minderheiten schädigen und bewirken, daß die tatsächliche Minderheitsarbeit vernachlässigt wird. Die Fahrten werden von Leuten unternommen, die die Minderheitsverhältnisse nicht kennen und die sich der Folgen ihrer unverantwortlichen Handlungsweise nicht bewußt sind. — Es ist zu begrüßen,

daß sich die tschechischen Minderheiten selbst gegen ihre in Prag lebenden „Besetzer“ zur Wehr setzen. Zur Abänderung des Lehrer-Heimlehrergesetzes haben die Abgeordneten Genossen H. Ševců, Hoffmann, Deutsch und Genossen einen Gesetzesantrag eingebracht, nach welchem die §§ 2 und 3 des bestehenden Gesetzes folgendermaßen abzuändern sind: Lehrer, welche infolge des Krieges zur Ausübung ihres Lehrberufes untauglich wurden, sind bis zur dauernden Regelung ihrer Verhältnisse nicht in den Ruhestand zu versetzen, es ist ihnen vielmehr ein Urlaub mit Genuß der vollen Dienstbezüge samt Zulagen zu gewähren, falls sie noch nicht Anspruch auf eine größere Begünstigung haben. Den Familien nach gefallenem oder verminktem Lehrern sind alle Dienstbezüge samt Zulagen so nachzuschauen und weiter auszuzahlen, als ob die betreffenden Lehrer noch am Leben wären und im Schuldienste ständen, und zwar für die Zeit, bis die Versorgungsansprüche nach gefallenem oder verminktem Lehrern durch Gesetz dauernd geregelt sein werden. Diese Bestimmung gilt jedoch ebenfalls mit dem Vorbehalte, daß die Familien nicht Anspruch auf eine größere Begünstigung haben.

Verhandlungen in beiden Fällen, der vollkommen geeignete gewesen sei. Das Ministerium habe alles unternommen, um eine reifliche Aufklärung der beiden Fälle durchzuführen.

Sen. Kasperle (ung.-christl.-soz. P.) beschwerte sich über die Zurücksetzung der Magyaren im Saalwesen. Sen. Ballo (slow. Volksp.) nahm Stellung gegen die ununterbrochene Demonstrierung seiner Partei. Während seiner Ausführungen kam es zwischen den Senatoren Klimko und Durčanský zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlaufe Senator Klimko zur Ordnung gerufen wurde. Nach der Rede des Sen. Bruska (Rom.), welcher der Regierung vortraf, daß sie nichts unternommen habe, um die Existenz der Arbeiterschaft zu sichern, begrüßte

Senator Soukup (tsch. Soz.-Dem.) die Bildung des zugehörigen Koalitionsausschusses der Koalitionsparteien, weil er darin die Gewähr fruchtbringender Arbeit beider Kammern erblickt. Zur Besprechung der Wirtschaftskrise übergehend, erklärte der Redner, daß die andern Staaten nicht besser daran seien, nachdem es sich um eine Weltkrise handelt. Ohne die Hilfe des durch den Krieg überreich gewordenen Amerika könne die Weltwirtschaft nicht ins Gleichgewicht gebracht werden. Was aber in unserer eigenen Macht ist, müsse geschehen, um der Krise zu steuern. Die furchtbare Not der Arbeiterschaft dürfe jedoch unter keinen Umständen, von welcher Partei auch immer, zu zwecklosen Demonstrationen mißbraucht werden. Dann beschloß er sich mit den Ausführungen des Senators Strausný und wies die Angriffe auf die Stadtverordneten, besonders die der Hauptstadt Prag, zurück. Man dürfe die jetzigen Stadtverordneten nicht für die Sünden derer verantwortlich machen, die früher in den Gemeinden selbstherrlich gewirtschaftet haben. Ein Beispiel für diese Wirtschaft sei das ehemalige „Wirken“ der „Prager Eisen u. G.“ im Gebiete von Radno, das sie finanziell beherrschte. Redner polemisierte sodann gegen die slowakische Volkspartei und bezeichnete dabei eine Autonomie der Slowakei als derzeit unmöglich, da sie die Herrschaft der Magyaren bedeuten würde. (Die Slowaken rufen: Wir wollen beim Staate bleiben, doch verlangen wir die Erhaltung der slowakischen Sprache.) Als der Redner weiter sagte: „Wir sind ein Volk und wollen auch ein Volk bleiben!“ entfiel ein ungeheurer Sturm auf den Rücken der Slowaken. („Wir wollen die slowakische Republik!“ „Wir sind keine Magyarenfreunde“, „Wir lassen uns nicht knechten“, „Umsonst waren wir nicht in magyarischen Gefangnissen eingesperrt!“ rufen die Slowaken durcheinander; mit Mülle kann der Vorsitzende die Ruhe wieder herstellen.) Senator Soukup bejahte sich dann mit der Rede des Genossen Dr. Heller und wendete sich gleichfalls gegen die Uebermacht der Banken in diesem Staate. Er erklärte weiter, daß sich die tschechischen Sozialdemokraten im österreichischen Parlament glücklich schätzen über die Zusammenarbeit mit dem unversehrten Führer Viktor Adler. Das Fehlen dieser Zusammenarbeit sei heute sehr zu bedauern, denn die tschechischen Sozialdemokraten allein können mit den deutschen Sozialdemokraten nicht zusammengehen, da sie in der Koalition die tschechische Arbeiterschaft verteidigen müssen. Die deutschen Sozialdemokraten müßten sich dieser Tatsache bewußt werden und gleichfalls die Mitarbeit aufnehmen. Der eingetragene Dringlichkeitsantrag über den nationalen Ausgleich bewies, daß den deutschen Sozialdemokraten leider Dr. Ledgman und Boeran näher stehen als ihre tschechischen Genossen. (Widerstand bei den deutschen Sozialdemokraten: „Das ist eine Lüge!“) Als der Redner dann über die Pflicht des Staates gegenüber den tschechischen Minoritäten sprach und die deutsche Arbeiterschaft angriff, geriet er mit Genossen Riehnert in eine lebhafte Auseinandersetzung.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Der Antrag Dr. Czech auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Präsident Tomasek eröffnete die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses um halb 2 Uhr nachmittags. Zunächst zieht das Haus den Entwurf des Gesetzes in Verhandlung womit ein

Ergänzungskredit zur Unterstützung der Arbeitslosen angefordert wird.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses Tayerle führte aus, daß die Arbeitslosigkeit einerseits die Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates ist, andererseits aus den Nachkriegsverhältnissen hervorgeht. Es ist zwar nicht wahr, daß bei uns drei Viertel Millionen Arbeitslose sind, aber es ist genug unerfreulich, daß es eine Viertelmillion ist. Im sozialpolitischen Ausschusse wurde schon mehrmals hervorgehoben, daß man nicht nur Unterstützungen bezahlen soll, sondern, daß man sich auch ernstlich mit dem Problem, den Menschen Arbeit zu verschaffen, befassen sollte. Darum sind die Ausgaben die für Investitionen beigestellt werden, zweckmäßig. Die Aufträge dürfen nicht kurz befristet werden, weil dann in einigen Betrieben über die Zeit gearbeitet wird, während tausende von Menschen arbeitslos sind. Die Herabsetzung der Löhne ist kein Mittel, die Wirtschaftskrise zu mildern, nicht die Arbeiterschaft allein, sondern auch die anderen Bevölkerungsschichten müssen Opfer bringen. Die Wirtschaftskrise darf nicht zur Verminderung des sozialen Schutzes und zur Herabsetzung der Lebenshaltung ausgenutzt werden. Der Redner polemisierte dann gegen die Behauptung, daß die Arbeitslosenunterstützung zu liberal ausgezahlt wird. Wenn das Abgeordnetenhaus den Antrag auf Bewilligung eines Kredites von 100 Millionen Kronen zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung annimmt, dann ist dies die erste Hilfe und es wäre nur zu wünschen, daß man auch an der weiteren Aufgabe fortschreite, Mittel und Wege zu finden, um der Bevölkerung Arbeit zu verschaffen. In demselben Sinne berichtete der Referent des Budgetausschusses, Abgeordneter Chaloupka.

Dann sprachen noch zu diesem Punkte die Abg. Schätzky (deutsch. Christlichsoz.) und der Kommunist Louzly, der anführte, daß es tausende Arbeiter in der Republik gibt, welche ohne Arbeit sind und trotzdem vom Staate keinen Heller bekommen. Das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung darf nicht engherzig ausgelegt werden. Die Prager Polizei will die Arbeitslosenfrage mit Gummimäppchen lösen. — Sodann wurden einige kleinere Gesetze in zweiter Lesung genehmigt.

Der Antrag auf Errichtung eines Nationalitätenausschusses.

Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß ein Antrag der Abgeordneten Dr. Czech, Cermak und Hillebrand auf Einsetzung eines zugehörigen Nationalitätenausschusses eingelaufen sei, der innerhalb von drei Monaten Gesetze über die Regelung der nationalen Fragen, insbesondere über die Reichsstellung der Nationen im Staate ausarbeiten sollte. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses ist der Ansicht, daß der Gegenstand der Verhandlungen nur ein Teil des Antrages sein könne, der die Errichtung eines neuen Ausschusses im Sinne des § 22 der Geschäftsordnung verlangt.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 14. November, um ein Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über den Regierungsentwurf, durch den ein Ergänzungskredit für die Arbeitslosen beantragt wird, ferner Immunitätsangelegenheiten, Wahl des ständigen Ausschusses sowie der Erspargungskommission und endlich der Antrag Dr. Czech, Cermak und Hillebrand auf Errichtung eines Nationalitätenausschusses. Schluß der Sitzung 3 Uhr 30 nachmittags.

Aus dem Budget-Ausschuh.

Zur Verhandlung standen gestern die Kapitel XXII und XX des Voranschlags des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Bericht erstattete für die beiden Kapitel Cerný, tschechischer Agrarier.

Nach dem Referenten kam Genosse Janb zu Worte, der unter anderem sagte: „Wir haben es mit einem Gendarmerie- und Polizeistaate zu tun. In dem Voranschlag sind für Polizei und Gendarmerie 373.192.805 K ausgewiesen, per Kopf der Bevölkerung unumgerechnet 27,64 K per Kopf. Im alten Oesterreich wurden im Jahre 1913 für diesen Zweck 45 Millionen Kronen verausgabt. Auch wenn sie die Geldwertverteilung in Betracht ziehen, steht ihr Aufwand in gar keinem Verhältnis zu jenem im alten Oesterreich und doch haben Sie (die Tschechen) mit Recht damals Oesterreich als Polizeistaat hingestellt. Mit viel mehr Recht können wir Ihren Staat so nennen. Dr. Medvedch hat die ganzen Auslagen für die Polizei in der Slowakei mit der Gauenverteilung begründet. Das trifft nicht zu. Wir haben in Böhmen 1923 für Polizeibehörden 47.000.000 K, 1922 nur 44.000.000 K ausgewiesen. Im nächsten Jahre also um drei Millionen mehr. Die Slowakei und Karpathenrußland mit eingerechnet, erhöht sich der Aufwand um 8,9 Millionen Kronen. Für die politische Verwaltung in Böhmen stehen 2085, in Mähren 611, in Schlesien 207, in der Slowakei 3374 Angestellte zur Verfügung. An Polizeimannschaften stehen in Böhmen 3941, in Mähren 186, in

Beendigung der Debatte im Senat.

Genehmigung der Regierungserklärungen.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde die Debatte über die Regierungserklärung zu Ende geführt. Bei der Abstimmung über die Erklärung stimmten die Koalitionsparteien selbstverständlich einstimmig dafür. In der Debatte selbst sprachen vor der Abstimmung noch eine ganze Reihe von Rednern unter anderem der tschechische Sozialdemokrat Dr. Soukup, der sich bemüht fühlte, eine Generalabrechnung mit den Rednern der einzelnen Parteien zu veranstalten, wobei er mit unseren Genossen und mit den Slowaken öfters in erregte Auseinandersetzungen geriet. Dr. Soukup, der einst bessere Zeiten gesehen hat, versuchte mit donnernden Phrasen und stimmungsvollen Sentimentalitäten die „bösen Ruben“ gefügig zu machen. Ob er auch noch so gewaltig seine Stimme erhob — seine demagogischen Liebesbeteuerungen fanden keine Gläubigen mehr.

Vorsitzenderstellvertreter Radleal eröffnete die gestrige Sitzung um 10.15 Uhr. Als erster Redner bei der Fortsetzung der Regierungsbekate sprach

Sen. Genosse Jarolim,

der ausführte: Das Programm der Regierung, welches dem Ministerpräsidenten dem Senat unterbreitet hat, kann die deutschen Sozialdemokraten in keiner Beziehung befriedigen. Der Ministerpräsident hat sich über das, was in der aller-nächsten Zeit zu geschehen hat, um die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise zu lindern, ziemlich ausgesprochen. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß über die Wirkungen der Wirtschaftskrise uns fortlaufend Auskunft gegeben werde, vor allem über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter. Die gestrige Erklärung des Ministers für soziale Fürsorge kann uns deshalb nicht befriedigen, weil wir annehmen müssen, daß sie in vieler Beziehung den Tatsachen nicht entspricht. Namentlich ist nach der Lage der Dinge anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen weit größer ist, als wie in dem Berichte des Ministers angegeben wurde. Wie sich die Regierung die produktive Arbeitslosenfürsorge vorstellt, ergibt sich aber aus dem Voranschlag für das Jahr 1923, nach welchem von den drei Milliarden, die für Investitionen vorgesehen sind, für die deutschen Gebiete bloß 100 Millionen, das sind also nur 3 Prozent des gesamten Investitionsbetrages bestimmt sind. Davon sollen aber noch einige Millionen für Militär-

es direkt vom ganzen Hause gesprochen und ge-lungen werden würde.

Ganz mächtige Eindrücke sind so zustande gekommen. Was war das zum Beispiel einmal für eine Totenfeier, als Tollers „Requiem“ den gemordeten Brüdern zum erstenmal unter der Leitung des Genossen Albert Florath, des Regisseurs vom Staatstheater, aufgeführt wurde. Dilettantenvorstellung? Nichts weniger als das. Es war eines der stärksten, der wahrsten Erlebnisse. Und wenn die Frauen, die Kinder um die Gemordenen klagen und die selben Männer die Totenbese sprechen, die mitten im Klassenkampf stehen, und während der Revolution so oft auf dem schmalen Rain zwischen proletarischem Sieg und an die Wand gestellt werden, gewandelt sind, dann erlebte man mehr, mehr, anderes, als jemals Kunst geben kann. Hier wurde das Leben zur Tat, das Leiden zum Wort, die Hoffnung zur Gewissheit, die Klage zur Feiertag, der Kampf zu einer religiösen Mission.

Die proletarischen Feiertage umgeben das Zentrum des Sprechers mit anderen Künsten. Musik fehlt niemals. Es wurde da manchmal experimentiert, bis man in der Mitwirkung eines Orchesters, und sei es auch nur ein kleines Blasorchester, die schönste und edelste Unternehmung für den Sprechchor fand. Auch eine Festschleife fehlt nie. Die Rede vertritt das geistige Element der Feiertage. Die Musik ist Gefühl, der Sprechchor Ausdruck des Massenempfindens. Die Rede bringt die Formulierung dessen, was die Hörer wollen und sollen.

kasernen, Munitionslager und Schießstätten verwendet werden. Es wäre gewiß besser, wenn die Regierung dafür Sorge tragen würde, daß dieser Betrag für Wohnhäuser und Schulbauten ausgeben würde. Das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung ist viel zu engherzig und wir müssen fordern, daß diese Fürsorge entsprechend den gegebenen Verhältnissen erweitert werde; denn die Arbeiter haben zur Behebung der Wirtschaftskrise bisher die größten Opfer gebracht. Sie können daher auch fordern, daß die Regierung geeignete Maßnahmen ergreift, damit der Existenzkampf der Arbeiter nicht nutzlos erschwert werde. Die Regierung hat bisher noch nichts wesentliches getan, was im Interesse der Arbeiterschaft gelegen wäre. Der von der Regierung verheißene Preisabbau, den sie mit allen Mitteln zu fördern verspricht, ist nicht weiter fortgeschritten. Der Staat besitzt die höchsten Transportkosten aller europäischen Staaten. Die Belastung durch das Budget auf den Kopf des einzelnen Bürgers hat eine ungeheure Steigerung erfahren. Das Programm der Regierung bietet die wenigsten Garantien, daß sie da Wandel zu schaffen ernstlich Willens wäre. Die deutschen Sozialdemokraten können daher nicht die Regierungserklärung mit-

Sen. Rozložný (tsch. Agr.) erklärte, daß in diesem Staate niemals eine Partei werde regieren können und daß man daher Kompromisse schließen müsse. Redner gibt zu, daß die Steuerbelastung eine große sei. Nach Rozložný kritisierte Sen. Zuleger (Bund der Landw.) das nationale Regime der Koalitionsparteien und gibt zum Schlusse seiner Ausführungen der Ueberzeugung Ausdruck, daß den sich heute noch bekämpfenden Völkern eine gemeinsame Plattform für zukünftige fruchtbringende Arbeit wird gefunden werden müssen. Der Redner wendet sich dann noch gegen die Arbeiterschaft, die durch ihre überzogenen Lohnforderungen die Landwirtschaft „ruiniere“.

Nach dem Senator Ihor (Gewerbep.) referierte Justizminister Dr. Dolanský über zwei Strafsachen, die Senator Dr. Strausný in seiner Rede ausführlich besprochen hatte. Es handelt sich um den Verletzungsversuch eines Redners des Parlaments durch den Beamten einer deutschen Prager Bank und im zweiten Falle um eine Intervention eines Prager Advokaten, der Mitglied des Abgeordnetenhauses ist, zugunsten eines wegen Veruntreuung geflogenen Speiditeurs. Minister Dr. Dolanský wies in seinen Ausführungen die Behauptungen des Dr. Strausný, das Justizministerium sei nicht rechtmäßig vorgegangen, entschieden zurück und erklärte den Gang der

Die größte Schwierigkeit macht die Zusammenstellung des Programms. Wie wenig gibt es für den Chor. Von neueren Dichtern haben nur Toller und Schönkank etwas geschaffen. Unsere anderen Dichter haben renovierbare Sorgen. Sollten aber hier keine Aufgaben vorliegen, die jeden Dichter reizen müßten, der gemeinschaftlich, sozialistisch fühlt? Wir sind zwar heute arm an Persönlichkeiten auf allen Lebensgebieten. Aber doch gibt es einige Dichter, die für den Sprechchor etwas schaffen könnten. Warum schweigen sie? Heute begnügt sich der Sprechchor noch mit der Zusammenstellung von Gedichten, bei denen Florath oft eine sehr glückliche Hand hatte. Aus Stücken von Dehmel, Hauptmann, Hölderlin, Goethe wurde ein Art Sprechsymphonie in vier Sätzen geschaffen. Und doch kann keine Zusammenstellung ein Erfolg für eine neue aus dem Gemme und der Technik des Chors geschaffene Dichtung sein.

Die proletarischen Feiertage haben auch in diesem Jahr mit ihren ersten Veranstaltungen eine fannende Verbindung von Kunst und Kult, Feiertag und Demonstration, innerer Erhebung und politischer Befestigung gefunden. Wie eine künftige proletarische, sozialistische Kultur aussehen wird, wissen wir nicht. Aber ein selbstständiger Anfang ist geschaffen worden. Wogu er sich entwickeln wird, hängt von der Größe der schöpferischen Kräfte ab, die sich in seinen Dienst-

Blutiger Überfall in Dublin.

London, 9. November (AP). Aus Dublin wird gemeldet: Aufständische überfielen die Wellingtonkaserne in Dublin. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Mann der Regierungstruppen getötet und zwanzig verletzt. Die Verluste der Aufständischen sind unbekannt. Die aus der Kaserne in Portobello herbeieilenden Regierungstruppen umgingen den Umkreis der Wellingtonkaserne, vermochten aber nicht die Flucht eines Teiles der Angreifer zu verhindern, zu deren Verfolgung Automobile entsandt wurden.

Sen. Soukup: „Betrachten Sie die Unterdrückung der Ukrainer durch die Polen! Und dann Südtirol!“

Sen. Riehnert: „Die Berufung auf ein anderes Unrecht ist doch keine Rechtfertigung!“

Es kam dann noch einmal zu einem Zusammenstoß des Redners mit unseren Genossen, als er auf den Zwischenruf des Sen. V. r. t.: „Bleibt also Anechte Atramars!“ antwortete: „Meine Herren, Ihr seid ja weit mehr Anechte der deutschen Bürgerlichen.“

Zum Schlusse seiner Ausführungen bezeichnete der Redner das Vorgehen Dr. Ledgman's und Dr. Raegle's als Verbrechen am deutschen Volke. Das deutsche Volk habe sich solche Führer nicht verdient. Unter dem Beifall seiner Parteigenossen schloß der Redner seine Ausführungen.

Es wurde sodann zur Abstimmung geschritten. Die Regierungserklärung wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien angenommen.

Schluß der Sitzung um halb 5 Uhr. Die nächste Sitzung wird schriftlich oder telegraphisch einberufen.

Schlesien 80, in der Slowakei und Karpathenland 2016, an Gendarmen in Böhmen 5559, in Mähren 2678, in Schlesien 1044, in der Slowakei und Karpathenland 4852. Im Verichte des Ministers des Innern sind 27.184 angestellte Personen verzeichnet. Das sind zwei Regimenter auf Kriegsstärke. — Seit wir im Parlamente sind, verlangen wir die Ausschreibung der Gemeindevahlen dort, wo sie nicht durchgeführt wurden. So in Mähren, in Teschen, Dulitschin und in der Slowakei. Wir verlangen die Durchführung der Wahlen in die Nationalversammlung in den Gebieten, wo noch nicht gewählt wurde, aber alles umsonst trotz der Zusagen der Regierung. Ist eine Reform des veralteten Vereins- und Versammlungsgesetzes von Ihnen in Angriff genommen worden, oder ist es nicht so, daß die liberale Handhabung des Gesetzes im alten Oesterreich hier ausgedehnt ist und Sie das Gesetz auf das reaktionärste handhaben. Werden von Ihnen nicht Hunderte Personen verfolgt wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung von Versammlungen, schicken sie nicht in jede Versammlung ihre Regierungsvertreter und machen Sie nicht heute noch vom „laissez-faire“ Prügelpatente Gebrauch? Verlangen Sie nicht noch heute, daß die Namen und Adressen der Mitglieder der politischen Vereine den Behörden gemeldet werden? Und wie behandeln Sie erst die einzelnen Staatsbürger! Gesuche um Anerkennung der Staatsbürgerschaft werden nicht erledigt. Selbst Kerzen, die länger als 10 Jahre ihre Praxis hier ausüben, ist die Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt worden. Eine derartige Ablehnung ist oft gleichbedeutend mit der Vernichtung der Existenz. Die politischen Verfolgungen haben nicht ab-, sondern zugenommen. Die Verfolgung der kommunistischen Jugendorganisation ist dafür ein sprechender Beweis. Genosse T a u b zeigte dann auf, daß landwirtschaftliche Krankentassen errichtet wurden und trotz des Verbotes des Ministeriums des Innern weiterbestehen, obwohl weder die entsprechende Zahl der Versicherten, noch die sonstigen Voraussetzungen für den Bestand solcher gegeben sind. Er verlangt, daß gegenüber solchen Eigenmächtigkeiten das Gesetz angewendet und damit die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter an der Krankenversicherung geschützt werden.

Hierauf sprach noch R e m e s und W i n d i s c h. Genosse H a d e n b e r g: „Wir wenden und grundsätzlich gegen die Zersplitterung der bestehenden Klassen, weil nur die einheitliche Organisation die Voraussetzung für die Durchführung der Sozialversicherung bilden kann. Kollege R e m e s, welcher der tschechischen Sozialdemokratie angehört, hat die Notwendigkeit der Gendarmerie und Polizei für diesen Staat begründet. Wir anerkennen, daß beide Einrichtungen in jedem Staate gebraucht werden, aber zu ganz anderen Zwecken, als sie im tschechischen Staate verwendet werden. Zu Sicherheitszwecken ist — leider — Polizei und die Gendarmerie in jedem Staate eine Notwendigkeit. Aber diesem eigentlichen Zwecke werden sie viel zu viel entzogen, und zu anderen Zwecken mißbraucht. Die Gendarmerie ist als Mädchen für alles bekannt und wird zu allem verwendet. Sie hat zu erheben, wer zum Besuche der Arbeitslosenunterstützung berechtigt ist, sie greift einseitig zugunsten der Unternehmer, in Stritten zwischen Arbeitern und Unternehmern ein und dagegen wend wir uns auf das schärfste. In die Versammlungen werden nicht nur Regierungsvertreter geschickt, sondern in Mengen Geheimpolizisten und das Spitzelwesen ist in dieser demokratischen Republik ausgebaut, wie in keinem anderen Staate. — Wie armselig wird das Ministerium für öffentliche Arbeiten im Vorschlag behandelt. Die Regierungserklärung vom 9. September verweist auf die großen Aufgaben, welche zur Vinderung der Wirtschaftskrise in Angriff genommen werden sollen. Wenn der Vorschlag nach dieser Richtung hin überprüft wird, finden wir, daß von den Versprechungen der Regierung nicht allzuviel eingehalten wird. 675.319.000 K sind als Sachaufwand enthalten gegenüber 714.000.000 K im Jahre 1922! Um die Krise zu lindern, hätte ein viel größerer Betrag zur Ausführung von Bauarbeiten eingesetzt werden müssen. Es sind im ganzen für den Baudienst 5.000.000 K, für Brücken und Straßen 70.000.000 K, für Wasserbauten 79 Mill. K eingestellt. Mit diesen Beträgen kann nicht einmal das Allernotwendigste geleistet werden. Wir hätten ein großes Interesse daran, Einblick zu gewinnen darüber, wo diese Arbeiten durchgeführt werden und zu prüfen, ob auch den Anforderungen der deutschen Industriegebiete entsprechend Rechnung getragen wird. In den Erläuterungen ist hierüber gar nichts angegeben. Es überrascht, daß zur Behebung der großen Wasserschäden im Adlergebirge ein so geringer Betrag eingesetzt wurde. Wir verlangen Aufklärung, warum das Elektrizitätswerk in Seestadt nicht errichtet wurde. Wir haben im Vorjahre für Zwecke der Bergbauinspektion die Aufnahme von 2.000.000 K in das Budget verlangt. Sie haben diesem berechtigten Verlangen auch jetzt nicht Rechnung getragen. Die bestehenden Kohleninspektorate halten Sie jedoch aufrecht, obwohl dieselben keine Funktion mehr haben, und ohne weiteres aufgelassen werden könnten. Wir verlangen weiter die Auflassung der Bergbaupolizeimannschaften und so weit deren Augen nicht dem Ministerium direkt zugewiesen werden, die Ueberweisung an die bestehenden Revierämter. Wir verlangen weiter Aufklärung, an wen die Förderprämien ausgezahlt werden, wir verlangen die Vorlegung einer staatlichen Bilanz und Ertragsberechnung der staatlichen Betriebe, sowie die Kassation jener Produkte, welche der Staat selbst verkauft. Bezüglich der Entlohnung

wollen wir Gewißheit, daß die Staatsbetriebe den Privatunternehmen nicht mit schlechtem Beispiele vorangehen. Wir verlangen die Streichung der Ausfuhrprämie für Rost und Kohle in der Summe von 30 Millionen Kronen, weil dadurch die Kohle verteuert, die Ausfuhr erschwert und Tausende Bergarbeiter beschäftigungslos werden. Es sprachen dann noch B e n d a, P a p e l, R u b i n i t und P i n o b e r.

In der Abend Sitzung wurde dann das Kapitel XVIII (Landwirtschaft) verhandelt. Unseren Standpunkt vertrat in längeren Ausführungen Genosse S c h w e i c h a r t. Er führte unter anderem aus: Welcher Geist die Mehrheit beherrscht, zeigt sich sehr deutlich in der Bodenreformfrage. Genosse S c h w e i c h a r t zitierte diesbezüglich einige Äußerungen führender Politiker (Minister Dr. H o d z a und Präsident B i s t o f s k y). Dieser sagte ausdrücklich: „Die Aufhebung der Latifundien bedeutet einen Umsturz in der nationalen Seite des Besitzes.“ Die soziale Seite, das Produktionsproblem, spiele bei diesen Leuten gar keine Rolle. Die Bodenreform ist heute eine tschechisch-kapitalistische Angelegenheit, ein Geschäft geworden. Mit Rücksicht auf gewisse Widersprüche in den Angaben des Bodenamtes fordert Genosse S c h w e i c h a r t genaue statistische Angaben über die bisherige Tätigkeit des Bodenamtes und verwies auf die systematische Zurücksetzung deutscher Bewerber, Gemeinden usw. Die Zustände im Bodenamt, in welchem die Deutschen noch immer keine Vertreter haben, werden blickartig beleuchtet durch die Mitteilungen Dr. B i s t o f s k y, daß der Arbeitsplan für das nächste Jahr, der noch nicht fertig war, abhandlungsgelommen sei! Genosse S c h w e i c h a r t besprach sodann die geplante Waldverstaatlichung für die im Budget 167 Millionen Kronen eingestellt sind. Er vertrat unsere, dem Prinzip der Selbstverwaltung entsprechende Forderung, daß Grund und Boden, zum Beispiel Wald, in das Eigentum der Gemeinden und Bezirke überführt werden solle, welche es mit Hilfe von Zwischverbänden verwalten sollen. Redner polemisierte dann gegen den Präsidenten des Bodenamtes, der erklärt hatte, nach dem Gesetze könne Waldbesitz nur jenen Gemeinden zugewiesen werden, welche bereits Wald besitzen und auch nur zwecks Arrondierung. Laut § 10 des Zuteilungsgesetzes vom 30. Jänner 1920 haben die Gemeinden bei nachgewiesenem Ortsbedarf und mit Rücksicht auf die besonderen örtlichen Verhältnisse in erster Reihe Anspruch auf beschlagnahmen Wald. Weiters heißt es dort ausdrücklich, daß zusammenhängende forstwirtschaftliche Einheiten als gemeinschaftliches Eigentum und zur gemeinsamen Nutzung an mehrere Bewerber zugeteilt werden können. Die Haltung des Bodenamtes gegenüber den Gemeinden bedeutete demnach eine offenkundige Rechtsbeugung. Es wäre notwendig, dies vom Verwaltungsgericht feststellen zu lassen, dem das Bodenamt im großen Bogen auszuweichen trachtet, weil es dortselbst oft schlecht abschneidet. Genosse S c h w e i c h a r t besprach dann das Schicksal der durch die Bodenreform betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Güterbeamten. Von den 20.000 Güterbeamten werden 10.000 übernommen, 5000 werden mit Grund beteiligt und 5000 pensioniert. Es ist ein Skandal, daß man alten abgeraden Arbeitern höchstens 2000 Kronen als Abfertigung gibt und als jährliche Rente nur 160 Kronen. Bei den Güterbeamten ist es ganz ähnlich. Unser Redner besprach dann die staatliche Güterverwaltung, welche für 1923 mit mehr als 17 Millionen Kronen Mehrausgaben rechnet. Ueber 15 Millionen Kronen entfallen auf außerordentliche mit der Verarbeitung des Holzes aus den von der Rote überfallenen Wäldern verbundene Lasten. Genosse S c h w e i c h a r t erörterte die insolge des Nonnenfraßes geschaffene Lage im Elbegebiete und wies auf die ungeheure Schädigung der Volkswirtschaft hin. — Er trat für den ausgiebigsten Schutz der kurzfristigen Kleinpächter ein und forderte im Interesse der Kleinanwirte sowie der Hebung der Produktivität u. a. die erhöhte Förderung des Meliorationswesens, die Kommassation der Grundstücke, Regelung der Bonitätsklasseneinteilung, Reform der Grundsteuer im Sinne einer Ertragssteuer, Ausbau der Fachbildung, Unterstützung bei Beschaffung von Streu und Futtermitteln, Saatgut und Kunstdünger, Regelung des Entschädigungsanspruches bei Tierverlusten, wirksame Postkassenunterstützungen und Ermäßigung der Frachttarife. Redner stellte fest, daß die deutschen Gebiete bei der Verteilung gegenüber den tschechischen benachteiligt werden.

Der Minister Dr. H o d z a reflektierte in seiner Rede mehrfach auf die Ausführungen S c h w e i c h a r t s und die Mehrheit nahm selbstverständlich das Budget des Landwirtschaftsministeriums in unveränderter Form an.

Ausland.

Das amerikanische Repräsentantenhaus.

New York, 9. November. (Havas.) Nach den bis nachmittags bekannten Wahlergebnissen wurden in das Repräsentantenhaus 192 Republikaner, 191 Demokraten, ein Sozialist und ein Unabhängiger gewählt. Eine Reihe von Wahlergebnissen ist bisher noch nicht bekannt. Wie die Zusammensetzung des Kongresses sein wird, ist noch unsicher, da noch zahlreiche Ergebnisse fehlen, doch steht bereits fest, daß die Demokraten im ganzen Lande erhebliche Gewinne zu verzeichnen haben.

Dieses Wahlergebnis bedeutet eine beinahe katastrophale Schwächung der Stellung Harding's. Denn die von ihm geführten Republikaner hatten im

bisherigen Repräsentantenhaus 301, die Demokraten 133 Vertreter, jetzt aber hatten sie einander beinahe vollständig die Waage. Für die große Politik der Vereinigten Staaten bedeutet diese gewaltige Kräfteverschiebung aber seltener Weise so gut wie nichts, der Gegenstand der beiden Parteien stiftet nämlich nicht auf grundsätzlich abweichende Anschauungen, sondern zu einem Teil auf den Besitzkreis diverser Klassen, zum andern auf die verschiedenen Interessen des Finanz- und des Industriekapitals, wozu erstere von den Republikanern, das andere von den Demokraten vertreten wird. In Einzelheiten, wie Alkoholverbot oder in Details der Tarifpolitik weichen Demokraten und Republikaner vielleicht von einander ab; im großen Rahmen der Außenpolitik, der Zollpolitik, der Kapitalistischen Ausbeutung, die namentlich im Eisenbahnwesen ihre Organe feiert, und zum konservativen Gedanken stimmen beide bürgerlichen Gruppen überein. Deshalb, weil jeder anfeuernde Streit um Ideen fehlt, ist auch die Wahlteilnahme eine flache und träge, anders kann es erst werden, bis in den amerikanischen Wahlen einander wieder Ideen gegenüberstehen werden. Dies wird der Fall sein, wenn dem sich allmählich herauskristallisierenden Zusammenschluß der konservativen ein solcher der radikalen Elemente antworten wird, die ersten Anzeichen dafür sind bereits vorhanden. In den mittelwestlichen Staaten schließen sich die Farmer zur Abwehr gegen die Ausbeutung zusammen, die sie bei jedem Eisenbahntransport und bei jedem Geschäft mit den Agrarprodukten verarbeitenden Industrie zu spüren bekommen; und unter günstigen Auspizien ist auch eine amerikanische „Labour Party“ ins Leben getreten, die, aus der „Socialist Party“ und der „Farmer Labour Party“ zusammenschweißt, hoffentlich die der Arbeiterklasse durch die Kriegsgesetze und die Kriegsbereitstellung geschlagenen Wunden zum Vornahmen bringen wird. Im gegenwärtigen Wahlkampf trat sie mehr oder weniger nur mit Kandidaten hervor, die nächste Schlacht (1924) wird sie ganz anders gerüstet finden.

Die Republikaner behalten die Mehrheit.

New York, 9. November. (Havas.) Die Republikaner erhielten 218 Mandate, wodurch sie die Mehrheit im Repräsentantenhause behalten haben.

Paris, 9. November. „New York Herald“ berichtet: Die Wahlergebnisse, die nunmehr auch aus den entfernteren Provinzen eintreffen, zeigen unzweifelhaft, daß der Sieg der demokratischen Partei bedenklicher sei, als selbst die demokratischen Führer annehmen konnten. Nicht nur, daß die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhause auf 10 oder 12 Stimmen herabgedrückt wird, auch die Mehrheit im Senate wird nur noch 5 Stimmen betragen.

Vor der Orientkonferenz.

In Lausanne rüstet man sich, die fernern Gäste aus dem Orient zu empfangen. Aber diese Gäste scheinen auf den Besuch in der Schweizer Stadt nicht allzu großes Gewicht zu legen und es vorzuziehen, ihre Angelegenheiten ins Reine zu bringen, ohne sich von der Entente Handfesseln anlegen zu lassen. Die Absetzung des Sultans war ein erstes Zeichen dafür, daß man sich in Kleinasien entschlossen hat, unabhängig von den Wünschen der Entente vorzugehen. Wenn jetzt von der Angora-Regierung neue Forderungen aufgestellt werden; Forderungen, die dem Kontrakt von Lausanne widersprechen, so ist das nicht weiter überraschend. Zwar hätte die Angoraregierung die drei Forderungen nach dem Einmarsch in Thrazien, nach der mitverantwortlichen Ueberwachung der Dardanellen und nach der Herrschaft in Konstantinopel zurückhalten können, bis man sich in Lausanne an den Konferenztisch gesetzt hätte, aber man weiß sehr wohl, warum man sich heute schon zu diesen Forderungen kategorisch bekennt. Einestheils hat die Angora-Regierung noch andere Forderungen in der Tasche, Forderungen, die nicht nur England, sondern auch Frankreich gegen den Strich gehen müssen, andererseits scheint man der französischen Freundschaft ein nicht gerade überwältigendes Vertrauen entgegenzubringen. Wenn die Angora-Regierung schon heute verlaublich läßt, ein Uebereinkommen in Lausanne sei nicht möglich, wenn die Türkei nicht aus der Zange der europäischen Schuldverwaltung herauskommt, eine Forderung, von der man voraussehen kann, daß sie für die Entente unannehmbar ist. Denn in diesem Augenblicke hätte man das, was nicht nur nicht England, sondern auch Frankreich nicht wünscht: eine unabhängige Türkei, die nach allen Seiten hin manövrierfähig ist, die auf keinen Fall ein bequemes Instrument in den Händen der imperialistischen Großmächte sein würde. Nun mag es sich ja so verhalten, daß die Angora-Regierung ihren Mund reichlich voll nimmt und in Lausanne nicht alles aufrechterhalten wird, was sie heute als festes Programm aufstellt. Aber immerhin zeigt diese neue Etappe, daß die Entwicklung in der Türkei noch nicht zum Abschlusse gekommen ist und daß das Orientproblem, dem man durch den Vertrag von Sebres ein für allemal den Hals umbrechen wollte, gerade durch den Vertrag von Sebres zu einem neuen Leben erweckt worden ist.

Grenelaten der Griechen.

Paris, 8. November. (Havas.) Die griechische Gesandtschaft verlaublich, daß die Türken das griechische Gefangenenlager in Casarea in Brand gesteckt und die Gefangenen und die christliche Bevölkerung der Stadt getötet haben. Auf Befehl der Kemalisten, haben sie 8 griechische Offiziere erschossen.

Die agrarische Hungerblockade in Deutschland.

Die Ernährungslage der reichsdeutschen ländlichen Bevölkerung gestaltet sich immer schwieriger. Die agrarische Hungerblockade gegenüber den städtischen Verbrauchern nimmt trotz der Erhöhung der Preise für Umlagegetreide unvermindert ihren Fortgang. Auf der Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates, die am Dienstag vormittag stattfand, machte der Vertreter des Reichsernährungsministeriums die Mitteilung, daß zur Versorgung in Marktbrot schon jetzt mehr Brotgetreide aus dem Auslande eingeführt werden mußte als im Vorjahre. Die Landwirte hätten von der Umlage bis Ende Oktober nur 400.000 Tonnen geliefert, während sie im Vorjahre in der gleichen Zeit 1.14 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeliefert haben. Der Fehlbeitrag könne nicht allein durch die schlechte Ernte erklärt werden, sondern auch durch Schwierigkeiten bei der Verteilung der Umlage auf die einzelnen Landwirte. Diese Schwierigkeiten seien durch die späte Beschlussfassung des Gesetzes hervorgerufen und heute noch nicht überwunden. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums richtete daher einen dringenden Appell an die Landwirte, die Ablieferung des Umlagegetreides soweit als irgend möglich zu beschleunigen. Das Bild, das hier von der Ernährungslage gegeben wird, ist geradezu erschreckend. Die Fehler, die der Staatssekretär Deuring hervorgehob, sind Fehler des Ministeriums. Das Reichsernährungsministerium hat die Vorlage diesmal außerordentlich spät ausgearbeitet und an den Reichstag gebracht, offenbar, weil es mit der Möglichkeit spielte, schon jetzt die freie Wirtschaft einzuführen. Die wirkliche Verantwortlichen aber für die geringen Erfolge, die die Umlage bisher gehabt hat, sind die Agrarier, die nicht nur die Aufstellung einer einwandfreien Erntestatistik hintertrieben, sondern sogar vielfach die Weisung ausgegeben haben, die Veranlagung zur Umlage zu hintertreiben. Man verstände gedruckte Formulare, auf denen gegen eine „starke“ Veranlagung zur Umlage von vornherein Einspruch erhoben wurde. Dadurch entstanden natürlich viele Verzögerungen.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Agrarier mit ihrem Lieferungsrecht treiben. Der Verdacht liegt nahe, daß mit diesem Vorgehen das politische Ziel verfolgt wird, die Arbeiterklasse gegenüber dem Ansturm der Reaktion müde zu machen.

Krise in der Kleinen Entente?
Spannung zwischen Prag und Belgrad.

Warschau, 9. November. Nach Belgrader Meldungen heißer Blätter soll innerhalb der Kleinen Entente insofern die Frage des Nahen Ostens und einiger anderer Probleme eine Krise ausgebrochen sein. Wenn die Kleine Entente aufrecht bleiben soll, müßten die Gegensätze rasch beseitigt werden. In Belgrad hat auch die tschechoslowakisch-italienische Annäherung Verunsicherung hervorgerufen. In politischen Kreisen wird mit dem Zerfall der Kleinen Entente gerechnet.

Kleine Besessene.
Ordnung.

Ein Schriftsteller bewarb sich um das Amt eines Leiters der Nachrichtenabteilung in einem großstädtischen Gemeinwesen. Nach sechs Monaten erhielt er einen eingeschriebenen Brief, worin ihm die Stadtverwaltung mitteilte, daß die Wahl auf einen andern Bewerber gefallen sei. Der Brief war mit fünf Mark frankiert. Der Schriftsteller vermehrte einige Drucksachen, die er seinem Gesuche beigelegt hatte, und reklamerte sie. Daraufhin erhielt er von der Stadtverwaltung einen zweiten eingeschriebenen Brief, worin er aufgefordert wurde, 50 Pfennig Drucksachen-Mülvorte einzufinden. Er legte die Marke in einen Umschlag, den er mit drei Mark frankieren mußte, frug aber gleichzeitig an, warum man ihm und sich selbst einer solchen Bagatelle wegen derlei Auslagen verurteile. Darauf bekam er, neben der Drucksachen-Sendung, einen dritten eingeschriebenen Brief, der die Antwort enthielt. Sie lautete: „Der Ordnung wegen.“

Der Vogel des Friedens.

Von Max G a b e l.

Der Vogel des Friedens flog von Land zu Land. Aber vergeblich suchte er ein Plätzchen, um auszurufen; sehen ihn die Menschen irgendswo, so verschreckten sie ihn, den schönen, sanftmütigen Vogel des Friedens.

Ich ging heute, am stillen Mittag, durch den Park. Und da sah ich ihn am Rande einer Wiege sitzen, ausruhend. In der Wiege lag ein Säugling und der lächelte im Schlaf. Die liebe Sonne spielte mit einigen zarten Strahlen über sein seliges Gesichtchen, und der Widerschein der rosafarbenen Flügel des Vogels leuchtete von seinen runden Wangen.

Er hatte also doch noch ein Plätzchen in der Welt gefunden, der schöne, sanftmütige Vogel des Friedens!

Es war freilich nicht auf dem Dache eines Palastes — es war nur am Rande einer Wiege, darin ein Kindlein schlief.

Tages-Neuigkeiten.

Wie die Kommunisten die Einheitsfront überwinden. Die kommunistische Zentrale in Prag verhandelt nachfolgendes Schriftstück an die kommunistischen Lokalorganisationen:

Sekretariat der kommunistischen Partei der tschecho-slowakischen Gewerkschaftskommission.

Prag, den 9. Oktober 1922.

Betrifft die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen.

Werte Genossen! Im Sinne der Prinzipien und Thesen der Roten Internationale ist es notwendig, bei jeder politischen Lokalorganisation, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, so schnell wie möglich kommunistische Gewerkschaftsfraktionen zu schaffen. Diese aus verlässlichen kommunistischen Gewerkschaftlern bestehenden Fraktionen haben in allen gewerkschaftlichen Lokalgruppen ihren Einfluß im revolutionären Sinne auszuüben und so einheitlich vorzugehen, daß sie in entscheidenden Augenblicken bei Abstimmungen usw. die unentschiedenen, schwankenden Mitglieder mitreißen. Ich bitte noch, deswegen mir so schnell wie möglich Namen und Adressen verlässlicher kommunistischer Gewerkschaftler in Euerem Orte bekanntzugeben, und zwar je einen Genossen aus der Gewerkschaft, der eventuell fähig wäre, eine kommunistische Gewerkschaftsfraktion zu organisieren. Sollten bereits bei Euch schon derartige Fraktionen bestehen, bitte ich um Bekanntgabe ihrer Vertrauensmänner.

Ich bitte um baldmöglichste Erledigung dieses Schreibens.

Mit kommunistischem Gruß

Sekretariat

kommunistické strany Československé

Praha II., Myslíkova 8.

(Unterschrift unleserlich.)

Auf solche Weise wollen die Kommunisten den Abwehrkampf gegen das Kapital führen. Bei Lohnkämpfen schreien sie nach Einheitsfront. Ihr neuester Schlagert sind die Abwehrausschüsse. In Wirklichkeit geht ihr Sinn und Trachten darauf, die Arbeiterbewegung noch mehr zu spalten, als sie ist und das einzige Volkwerk, das den Arbeitern in der Wirtschaftskrise geblieben ist — die Gewerkschaften — zu zerlegen.

Es muß „abgebaut“ werden. Aus Wien wird uns geschrieben: Man kann heute keine bürgerliche Wiener Zeitung in die Hand nehmen, ohne kleineren oder größeren Artikeln über den „Abbau“ zu begegnen. Je nach dem Leserkreis ist hier etwas Antisemitismus beigemischt, dort eher bishigen Liebe zum — „angestammten Herrscherhause“, in einer anderen wieder liebevolles Verständnis für Schieberturn und andere kapitalistische Gewohnheiten; aber so sehr die sonstigen Interessen auseinandergehen — der Grundton aller dieser Artikelchen und Artikel ist auf „Kampf den Roten“ gestimmt. „Abbau“ — das ist das neue Schlagwort der bürgerlichen Schmierfinken gegen die Arbeiterschaft. Auf der einen Seite hören wir „man muß abbauen“ und gleichzeitig muß z. B. die Beamtenschaft der Wiener Großbanken täglich so und so viele Überstunden mehr arbeiten um das Pensum zu erledigen. Warum schreit man dann nach Abbau und nimmt nicht neue Kräfte auf? So ist es in Österreich in jedem Gewerbe. In der Speditionsbahn z. B. baut man ab, um Ersparnisse zu machen und überbürdet die zurückgebliebenen Beamten, ohne den Gehalt entsprechend zu erhöhen. Im Gegenteil; man will den Gehalt reduzieren. Und in der Industrie? Auch hier baut man ab. Und wozu? Um Österreich zu helfen? Nein. Dort verfolgt man nur einen Zweck: Verminderung der Zahl der Arbeiter — verminderte Ar-

beitsleistung; Erhöhung der Arbeitsleistung — Abschaffung des 8 Stunden Tages. — So will und hofft man — unter dem Mantel der Nächstenliebe — und hier erreichen einander christliche und jüdische Unternehmer im Zeichen des Geldgades die Hände — um die Arbeiterschaft um eine ihrer wichtigsten Erwerbseinkünfte zu bringen. Aber wir lassen uns nicht bange machen und warten nur, bis wir mit dem Abbau beginnen können. Daß der nicht so konfus sein wird, wie der Entzug, Ihr Herren, darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Bevölkerung der rumänischen Reaktion. In der internationalen Wirtschaftszeitung „Die Arbeit“ lesen wir von einem Gesetz, das in Rumänien erlassen wurde, „ein Gesetz, das den Streik regelt“, mit dem Kommentar eines verständnisvollen bürgerlichen Journalisten, der diese „Regelung“ vorbildlich findet und speziell davon eine besonders heilsame Wirkung erwartet, daß die Veranstalter von Streiks zur Verantwortung gezogen werden, selbstverständlich eingesperrt und zu hohen Geldstrafen verhalten werden sollen. Und als höchste Intelligenz des Gesetzes wird der Passus hingestellt, daß sogar passive Resistenz als Sabotage mit Gefängnis bestraft wird. Und wie regelt das Gesetz nun wirklich den Streik? Sehr einfach! Nach dem Prinzipie des mittelalterlichen Faustrechtes. Jede kollektive Arbeitseinstellung in einem, wie immer gearteten Unternehmungen des Staates, der Komitate und Gemeinden ist verboten. Und wagt man es doch, dann kommt das Militär. Dann wird allerdings noch von einem „Schlichtungsverfahren“ gesprochen, das in einer außerordentlich eingeschränkten Zahl von Betrieben im Falle eines Streites angewendet werden darf. Aber mißlingt der Versuch, den Streik beizulegen, dann hat ein anzunehmendes Schiedsgericht das Recht, durch einen, beide Teile bindenden Spruch den Streik aus der Welt zu schaffen. Wie dieser Schiedsspruch in jedem Falle aussehen wird, darüber dürfen sich die Gelehrten einig sein. Wir wundern uns ja nicht. Einem Volk, dem man heute noch die Komödie einer Königskrönung vorspielen kann, und das dabei jubelnde Statisten abgibt, dem kann man auch solche Gesetze geben. Aber auch für die rumänische Arbeiterschaft wird der Tag kommen, an dem sie ihren König von Gottesgnaden und Volkeshäupter davonjagen wird. Unterdessen aber findet das arbeitserfindliche Gottesgnadentum des reaktionären rumänischen Regimes noch den Beifall der bürgerlichen Journalisten.

Eine neue Märtyrerin des Hungerstreiks. Die Schwester des seinerzeit dem Hungerstreik erlegenen Bürgermeisters von Cork, Miss Mary Mac Swiney, deren Verhaftung gemeldet worden ist, ist nach dem Vorbild ihres Bruders ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

Betrunkene — ertrunken. Der Heger Dütt aus Mischelob hatte den Samstag und den Sonntag durchgezogen. Volltrunken verwechselte er beim Weggang aus dem Wirtschaftshaus die Türen und erwichte statt der Haustüre die Türe zum Keller. Er fiel die Kellerstufe hinunter, schlug mit dem Kopf am Boden auf und verlor das Bewußtsein. In dem in den Keller eingedrungenen Grundwasser ist er dann ertrunken.

Ueberfall auf ein zehnjähriges Mädchen. An einem der letzten Abende wurde in Warnsdorf ein zehnjähriges Mädchen, das vor einem Kaffeehaus auf ihren Vater wartete, von einem Manne angesprochen und darum gebeten, ihm den Weg zu einem anderen Geschäft zu zeigen. Das Mädchen kam dieser Bitte nach und ging mit dem Manne eine kurze Straße Weges. Hierbei wurde das Mädchen von dem Fremden plötzlich überfallen. Er versuchte das Mädchen zu Fall zu bringen, wahrscheinlich um es zu mißbrauchen. Da aber das Mädchen laut um Hilfe schrie und einige Personen zu Hilfe kamen, mußte der Unmensch von ihr ablassen und ergriff die

Flucht. Es gelang ihm auch zu entkommen, ohne erkannt zu werden. Die Nachforschungen nach ihm sind im Gange.

Der Prozeß Paoran. Die Untersuchung in der Spionageaffäre Dr. Paorans ist bereits abgeschlossen und noch vor Weihnachten soll der Prozeß sowohl über die Spionage als auch über die Stinkbombenaffäre unter einem abgefaßten Urteile werden.

Ermordung eines bolschewistischen Redakteurs. Wie aus Sofia gemeldet wird, wurde der Chefredakteur des bolschewistischen Blattes „Nowaja Rossija“, Alexander Agajew, vor seiner Redaktion getötet. Der Attentäter Nikolets Bulow ist flüchtig.

Wiederum zwei Todesopfer der Grenz-Schützen. An der Grenze zwischen Mittelwalde und Herrnsdorf, unterhalb des Spiegelberges Schneebirges, kam es in der Nacht vom 4. zum 5. November zu einem Zusammenstoß zwischen Grenzschutz und Partisanen. Sieben junge Leute sollen, ohne vorher einen Aufruf gehört zu haben, plötzlich aus einer Reihe von sechs bis zehn Schritten von einem tschechischen Minenarbeiter angegriffen worden sein. Von den fünf Schützen traf einer tödlich, der zweite von den Angegriffenen starb bald darauf, außerdem wurden noch zwei von den sieben Partisanen verletzt. Eine Meldung aus Grulich besagt, die Schmutzler hätten den Minenarbeiter angegriffen und im Leben bedroht. Es ist zu hoffen, daß eine genaue Untersuchung des traurigen Vorfalles die volle Wahrheit zutage fördert.

Tödliches Unglück in den Fleischhallen in Prag-Karolinental. Gestern nachmittags sollte in den Fleischhallen in Prag-Karolinental ein Loh mit einer Sprengpatrone geübt werden. Der Loh rüde jedoch mit dem Kopfe, so daß das Geschloß den Schloßhofsauer Karl Svoboda traf. Er starb auf dem Wege ins Krankenhaus.

Einbruch in das Schloß in Radob. Bisher unbekannte Einbrecher raubten in der Nacht zum Donnerstag im Schloße Friedrich Schaumburg-Blücher in Radob Brillantenschmuck im Werte von einer Million.

Zusammenstoß zweier Elektrizitätswagen in Prag. Vor dem Museum auf dem Benzelsplatz in Prag fuhr gestern ein Wagen, den der Motorführer nicht zum Stehen bringen konnte, auf dem durch den Regen abglitschigen Geleise zurück und stieß in einem anderen Motorwagen hinein. Der Arbeiter Karl Bavel wurde beim Zusammenstoße überm linken Knie leicht verletzt. Die beiden Wagen wurden beschädigt.

Kleine Chronik.

Bestrafter Schmuggler. Der deutsche Dampfer „Elsa“, der vor einiger Zeit im Hafen von Antwerpen einlief, hat versucht, einige Fässer deutschen Spiritus einzuschmuggeln. Die Zollbehörden haben seinen Eigentümer benachrichtigt, daß er wegen Alkoholschmuggels zu einer halben Million Franken Geldstrafe verurteilt worden ist, und die „Elsa“ an die Ketten gelegt.

Eine neue Erfindung Marconis. Nachdem jenseits der französischen Ingenieure Edward Belin einen Apparat konstruiert hat, der das Geheimnis funkentelegraphischer Mitteilung zu sichern bestimmt ist, kommt jetzt die Nachricht, daß es Marconi gelungen sei, einen Apparat zu erfinden, der auch das Geheimnis der drahtlosen Telephonie sicherstellt. Wie der Erfinder erklärt, werden mit dem neuen Apparat bereits Messungen auf eine Entfernung von 160 Kilometern unternommen. Das Prinzip des Verfahrens gründet sich auf die Zusammenfassung der elektrischen Wellen in einem Bündel, das in grader Linie nach einer bestimmten Richtung geschickt werden kann. Nur Stationen, die in dieser Richtung liegen, sind in der Lage, die Schwingungen wahrzunehmen. Marconi hält es im übrigen für wahrscheinlich, daß in einer gar nicht fernen Zukunft die drahtlose Telephonie auch für den sprechenden Apparat nutzbar gemacht werden kann. Es handelt sich nur darum, zu erreichen, daß die Antennae, denen der Text von einer Zentralfstelle ausgeht, ihre Bilder in völliger zeitlicher Übereinstimmung vorführen.

Der wechselnde Salzgehalt des Meerwassers. Entgegen der Annahme, daß sich der Salzgehalt des Meerwassers immer gleichbleibt, belehrt uns die Wissenschaft, daß dieser Gehalt sich vielmehr dauernd ändert. Einer Mitteilung zufolge, die der französische Gelehrte Legendre der Pariser Akademie der Wissenschaften machte, wechselte der Salzgehalt des Meerwassers zu verschiedenen Stunden des Tages. Bei eingehenden Untersuchungen, die Legendre in der Bai von Concarneau gemacht hat, konnte er feststellen, daß während der Stunden, in denen die Sonne auf das Wasser scheint, der Salzgehalt an der Küste unter dem Einfluß der großen auf dem Grunde befindlichen Algen um mehr als die Hälfte größer ist, als zu anderen Tageszeiten.

Bollsmittschaft und Sozialpolitik.

Vor neuen Verhandlungen im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier.

Leipzig, 9. November. (Eigenbericht.) Donnerstag den 9. November hat die bereits angekündigte Konferenz der Betriebsräteobmänner des nordwestböhmischem Braunkohlenreviers in der Rütterburg in Tarn angeht, auf der 117 Schächte vertreten waren. Wie schon bekannt, haben die koalitierten Bergarbeiterverbände nach dem Abstimmungsergebnis dem Verein für die bergbaulichen Interessen mitgeteilt, daß die Betriebsräteobmännerkonferenz die Grundlage für die eventuellen weiteren Verhandlungen festlegen hat. In der Beantwortung hat der Verein für die bergbaulichen Interessen den koalitierten Verbänden bekanntgegeben, daß er zu weiteren Verhandlungen bereit sei, doch über die gemachten Zugeständnisse nicht hinausgehen könne.

In der Konferenz haben die Genossen Fohl und Piska die den Verein erstattet und die Vorschläge der koalitierten Verbände, unter denen sie bereit sind, neue Verhandlungen einzuleiten, bekanntgegeben. Nach einer längeren Debatte, in der noch eine Reihe von Ergänzungsanträgen eingebracht wurde, wurde eine Resolution mit allen gegen 14 Stimmen, die zum großen Teil auf mißverständlicher Auffassung zurückzuführen sind, angenommen, in welcher den koalitierten Bergarbeiterverbänden das Verbleiben angefragt wird und sie ersucht werden, in neuerliche Verhandlungen einzutreten und einen Kollektivvertrag abzuschließen. In der Resolution sind weiter die Grundlagen für die neuen Verhandlungen angeführt, ebenso wurde eine Reihe von gestellten Anträgen den Verbänden überwiesen, um bei den Verhandlungen Berücksichtigung zu werden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, demzufolge für die Verhandlungen ein Termin bis längstens 18. November festgesetzt wurde. Zestien bis zu diesem Tage die Verhandlungen kein befriedigendes Ergebnis zeitigen, so werden die Verbände beauftragt, den allgemeinen Streikstreik durchzuführen. Mittels eines weiteren Antrages, der mit allen Stimmen angenommen wurde, hat die Konferenz den Delegierten der in Streit stehenden Schächte die vorläufige Wiederannahme der Arbeit empfohlen und die Verbände beauftragt, dafür einzutreten, daß den Streikenden aus Anlaß des Streites keinerlei Benachteiligung erwasse. Die Konferenz nahm einen ruhigen, freudig sachlichen Verlauf und wurde vom Vorsitzenden des Revierrates, Genossen Slovoun, um vier nachmittags geschlossen.

Der tschechische Bauarbeiterkongreß.

Nach dreitägigen Verhandlungen wurde Mittwoch die Tagung des tschechischen Bauarbeiterverbandes geschlossen. Am letzten Verhandlungstag wurde zunächst mit 39 gegen 31 Stimmen beschlossen, daß mit der tschechischen Gewerkschaftskommission überhaupt nicht mehr verhandelt werden sollte und daß mit ihr alle Beziehungen abgebrochen werden sollten. Aber,

zwischen den Tischen dahinführen, hinter dem wackelnden T. S. her. In einer Nische war ein Tisch reserviert, wir schleppten Zimmermann hin, warteten dann, um zu erfahren, was wir eigentlich getan hatten.

14.

Zimmermann wandte sich mir zu; seine traurigen ausdrucksvollen Augen funkelten: „Sie haben sich eine große Freiheit erlaubt“, sagte er.

„Ich konnte nicht erst lange reden“, rechtfertigte ich mich. „Kennten Sie die Polizei von Western City und deren Manieren so genau wie ich, es fielen Ihnen nicht ein, mit ihr zu spielen.“ Mary unterstürzte mich. „Sie hätten Ihnen das Gesicht eingeschlagen, Herr Zimmermann.“

„Das Gesicht?“ wiederholte er. „Ist denn ein Mensch nicht mehr als ein Gesicht?“

T. S. brüllte auf: „Wie? Eben noch bot ich Ihnen für dieses Gesicht fünfhundert Dollars die Woche, und dann gehen Sie hin und wollen es ruinieren lassen! Und das wegen einer Bande verlauster Gauner, die nicht gewillt sind, für anständige Löhne zu arbeiten, und auch andere nicht arbeiten lassen. Bei Gott, Herr Zimmermann, wenn ich Ihnen die Dinge erzählte, die bei Streiks in unserem Gewerbe vorkommen — Sie würden keine Lust mehr haben, für diese launigen Hundelöhne Ihr Gesicht zu verderben.“

„Zurück, Ahen, sprich nicht so gemein, du sollst dich schämen.“ Dies sagte „Mutter“, die Hüterin des Anstands, die vom Diener aus dem Automobil gezogen und zum Tisch geführt worden war.

„Ja, Herr Zimmermann, Sie wissen nicht, wie diese Kerle...“

„Seh dich, Ahen.“ befahl die alte Dame. „Wir haben zum Diner keine Wahlreden bestellt.“

Wir setzten uns. Zimmermann wandte die dunklen Augen mir zu. „Ich sehe, daß Sie in

Ihrer Stadt verschiedene Arten des Mobs haben, und daß sich die Polizei nur um einige derselben kümmert.“

„Mein Gott!“ schrie T. S. „Man kann doch nicht gestatten, daß diese Gauner Leute überfallen, die zu Essen gehen wollen!“

Zimmermann entgegnete: „Herr Rostthe sagte, die Polizei arbeite nur, wenn sie bezahlt werde. Darf ich fragen, wer hier ihre Arbeit bezahlt? Der Besitzer des Restaurants?“

„Muh er denn nicht sein Restaurant schützen?“ rief T. S.

„Ich glaube“, meinte ich lachend, „nach dem, was ich heute morgen in den „Times“ las, bezahlt in diesem Fall ein alter Bekannter des Herrn Zimmermann die Sache.“

Zimmermann blickte mich fragend an.

„Herr Algernon de Wiggs, Präsident der Handelskammer, erließ einen Aufruf, in dem das Verhalten der Polizei den Streikern gegenüber streng gerügt und verlangt wird, daß die Kammer Abhilfe schaffe. Sie erinnern sich doch an de Wiggs und wo wir ihn verließen?“

„Ja, ich erinnere mich“, erwiderte Zimmermann, und wir lächelten beide über den gemeinsam verübten Streich.

„Sie werden erklaut sein, wenn Sie erfahren, wie gut Herr Zimmermann die beste Gesellschaft kennt.“

„Beshalb sagten Sie dies nicht gleich?“ fragte T. S., und ich konnte im stillen den Satz für ihn beenden: „Ein anderer hat ihm mehr Geld geboten!“

Ran ließ sich Mutters Stimme vernehmen: „Gibt es denn gar nichts zu essen?“

So wurde für eine Weile das Problem Kapital und Proletariat beiseite geschoben. Neben unserem Tisch standen zwei Kellner, anscheinend

durch den Streit äußerst nervös gemacht. T. S. rief dem einen die Speisekarte aus der Hand und las eine Liste vor, die der Kellner notierte. Mutter, die eben die Anfangsgründe der Eitelkeit studierte, reichte die andere Speisekarte Mary, die bestellte, dann bestellten auch Mutter und ich, bloß Zimmermann blieb übrig.

Er sah ganz still, seine dunklen Augen schweiften durch den Speiseaal. Das „Prinz-Restaurant“ ist äußerst prunkvoll, müßt ihr wissen, zu prunkvoll für meinen Geschmack, es ist fast ebenso vergoldet wie eines von T. S. Ainos. Gerade vor Zimmermann sah eine Dame mit weichem dekollierten Rücken, eine Perlenkette um den Hals, ein Diamantendiadem am dem Kopf, und weiter entfernt waren noch andere Damen und Männer in Abendtoilette, die in rote Gesichter Nahrung stopften. Wir sind ja an dieser Anblicke gewöhnt, aber einen Fremden mag es empören, so viele Leute so kostbare Speisen essen zu sehen.

„Was wollen Sie bestellen, Herr Zimmermann?“ fragte T. S., und ich wartete voller Neugier auf die Antwort. Was wird dieser Mann in diesem Luxusrestaurant bestellen?

Zimmermann nahm die Speisekarte aus der Hand seines Gastgebers und studierte sie. Aufscheinend fiel es ihm nicht schwer, die nahrhaftesten Speisen zu entdecken. „Ich möchte“, sagte er, „Rindfleisch und Hammelfleisch mit Kapernsauc und Trübsohn und Stückenpastete und Perlhuhn...“ Der Kellner schrieb selbstverständlich gehorsam alles auf. „Und Beefsteak und Rippchen...“

„Mein Gott“, stammelte der Gastgeber. „Und gebratene Gans und Lammfleisch...“

„Großer Gott, Herr Zimmermann, Sie wollen doch nicht all das essen?“

„Nein, natürlich nicht.“

„Ja, was wollen Sie denn damit anfangen?“

(Fortsetzung folgt.)

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Hakenfelde.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (11)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Der Diener sprang vom Bod, hielt den Schlag offen, und der große Mann stieg aus. In diesen Augenblick brüllte die Menge auf: „Schämt euch! Schämt euch! Weht nicht hinein! Sie lassen ihre Angestellten verhungern. Ihr reißt uns das Brot aus dem Mund. Gelbe! Gelbe!“

Ich stieg als zweiter aus, sah vor mir verhärmte, abgemagerte Gesichter, Bitten und Drohungen erschollen, eilige Häupte waren geballt; ich sah auch die Polizei, die recht unsanft mit Händen und Stöden die Leute stieß. Ein armer Teufel, anscheinend ein Kellner, streckte die Arme vor, schrie mit einem ausländischen Akzent: „Ihr nehmt meinen Kindern das Brot fort!“ Im nächsten Augenblick fiel frachend ein Polizistenknüttel auf seinen Schädel nieder. Ich hörte Mary aufschreien, wandte mich um: — gerade zur rechten Zeit, um zu sehen, wie Zimmermann aus dem Automobil sprang, auf den Polizisten zulief, ihn anschie: „Halt ein!“

Es war keine Zeit für Worte, ich packte Zimmermann beim Arm, und Mary, die gute, hing sich auf der anderen Seite in ihn ein. Sie ist recht kräftig, müßt sie doch für allerlei körperliche Übungen trainieren, in Säulen, in denen sie die Liebe von Kaisern und ähnlichen Weltcroberern erringen soll. Auch merkten wir, da wir Zimmermann anpackten, daß er bloß Haut und Knochen sei. Wir hoben ihn fast auf, schoben ihn laufend ins Restaurant. Nach dem ersten Augenblick hörte er auf, sich zu widersetzen, ließ sich

wie das „Rude Pravo“ vorwurfsvoll sagt, auf Druck des Vorsitzenden Tschenta wurde dieser Beschluss reasumiert. Es wurde vielmehr eine Resolution angenommen, in der sich die Tagung zwar für die von der roten Gewerkschaftsinternationale ausgehenden Richtlinien ausspricht, in der aber betont wird, daß mit Rücksicht auf die Einheit der Gewerkschaftsbewegung das Verbleiben in der tschechischen Gewerkschaftskommission notwendig ist. Für dieses Verbleiben stellt die Verbandsleitung einige Bedingungen und zwar die ... Aufnahme der in der letzten Zeit ausgeschlossenen Verbände in die Gewerkschaftskommission unter Ausschluß der „Trupverbände“ aus der Gewerkschaftskommission, das sind diejenigen Verbände, die gegen die kommunistischen Gewerkschaftsverbände ins Leben gerufen wurden. Diese Bedingungen sollen binnen 14 Tagen, das ist bis zum 20. November beantwortet werden. Im Falle, daß die Gewerkschaftskommission diese Bedingungen nicht erfüllt, ist der Eintritt in den allgewerkschaftlichen (kommunistischen) Verband zu vollziehen.

Aus den Bemerkungen des „Rude Pravo“ in seinem Bericht über die Tagung ist zu ersehen, daß die kommunistische Partei mit der Resolution nicht einverstanden ist, daß sie vielmehr fürchtet, Tschenta könnte die Bauarbeiter wieder zur Anterdammer Internationale zurückführen.

Die Arbeitslosigkeit in der tschechoslowakischen Republik im Monat Oktober. Aus dem Ministerium für soziale Fürsorge wird mitgeteilt: In der ersten Hälfte des Monats Oktober 1922 wurden nach einer Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge in der Tschechoslowakei im ganzen 67.000 Arbeitslose unterzucht und zwar 43.000 Männer und 24.000 Frauen, ferner 59.000 Angehörige von Haushaltungen. Davon entfallen auf Böhmen 44.000, auf Mähren 14.000 auf Schlesien 3000, auf die Slowakei und Karpatenrußland 6000. Außerdem wurden durch Vermittlung der Betriebe 62.300 teilweise Arbeitslose mit 29.200 Haushaltungangehörigen unterzucht. Die Zahl der direkt unterstützten Arbeitslosen hat sich gegen den Vormonat fast verdoppelt. (34.000 im Monat September 1922.) Im Oktober 1921 wurden direkt 12.879 Personen, durch Vermittlung der Betriebe 8813 Personen unterzucht.

Ein Kartell der Ostrauer Grubenbesitzer? Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, steht eine engere organisatorische Zusammenfassung der Ostrauer Kohlengrubenbesitzer bevor, die den Zweck haben soll, die bisher zwischen den Grubenbesitzern bestehenden Vereinbarungen noch fester zu gestalten.

Ein Malztrüß in der Tschechoslowakei. In der Malzindustrie besteht schon seit einiger Zeit ein Verfallzustand. Nun ist — wie das Prager Tagblatt meldet — beabsichtigt, die Betriebe mit Rücksicht auf die geringe Beschäftigung zu konzentrieren und dadurch die Regiekosten zu verringern. Den Malzereien wird es anheimgestellt, die Malzproduktion für die heurige Kampagne nicht auszuüben und sich bereit zu erklären, ihr Produktionskontingent einer anderen Malzfabrik zu übertragen.

Die Wirtschaftskrise in Deutschösterreich. In den Kohlenrevieren in der Oststeiermark wurden etwa 1200 Bergleute gekündigt. Die Kündigung ist durch den Mangel an Aufträgen infolge der hohen Preise der steiermärkischen Kohle verursacht und betrifft hauptsächlich fünf Betriebe der Graz-Köflacher Montan-Gesellschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Reduktionen erfolgen werden.

Der Bannotenumlauß in Oesterreich beträgt nach dem letzten Anweise der österreichisch-ungarischen Bank 2.917 Milliarden Kronen. Zum Vergleich sei angeführt, daß der Bannotenumlauß im alten Oesterreich zu Beginn des Krieges zwei Milliarden, zu Ende des Krieges 30 Milliarden betragen hat. Im kleinen Oesterreich laufen also 150mal soviele Bannoten um als im großen Oesterreich der Vorkriegszeit.

Die Konzentration der Wirtschaft in Deutschland hat nach dem Krieg, und gerade in der letzten Zeit, ein stürmisches Tempo angenommen. Wir haben in Mitteldeutschland den Zusammenschluß von 34 Kohlenzuckerfabriken mit der Zuder-Raffinerie Halle A.G., ferner den großen Zusammenschluß in der Zuderfabrik Holland A.G. Köthen, in der die Zuderfabriken Alt-Köthen, Holland, Elsnigk, Edderitz, Wulsen, Radegast, Bismarck und Tröbel mit der Zuder-Raffinerie Holland, Köthen vereinigt sind. Diese Gruppe verfügt über 35.000 Morgen Zuderertragsland und verarbeitet 750.000 Zentner Rohzucker. Seine besonderen Ziele sind: Wacht von Gütern, gemeinsame Verwertung der Melasse, gemeinsamer Einkauf von Roh- und Betriebsmaterialien. Also ein ziemlich enger Zusammenschluß! Wir haben die Zuderfabrik Glauchitz mit vier Kohlenzuckerfabriken, die eine Interessengemeinschaft mit Sprotta-Berlin erzieht, ferner eine Interessengemeinschaft der Zuderfabrik Anklam mit der Seltiner Raffinerie. Wir haben Zusammenschlußbestrebungen in Schlesien. In Süddeutschland haben sich die Zuderfabriken Stuttgart, Heilbronn, Waghäusel, Frankfurt, Albingau und Dillstein zusammengeschlossen. Frankreich hat eine Interessengemeinschaft mit der Zuderfabrik Rouen. Es wird nicht lange dauern, dann werden die 200 Zuderfabriken und 60 Raffinerien zusammen mit den 200 Zuderertragslandbesitzern einen einzigen Trust darstellen, der bei seiner Verfügung über eine Zuderertragsfläche von 360.441 Hektar eine enorme Macht darstellen wird. In der Stahl-Industrie haben wir jetzt vor allem zwei große Konzerne: der Kalifornier Salzbeisitzer und Salzfabrikant, Alcheseleben, Westeregeln, Vereinigte chemische Fabriken zu Leopoldsdorf — also eine Verbindung von Ablagerungsgebieten mit verschiedenen Gebalten, chemischen Abteilungen, Braunkohlengruben

und Banken — und daneben die Winterhaff-Gruppe mit den Deutschen Kaliwerken A.G. und der Gewerkschaft Südafrika-Sondershausen. Das Motiv für den Zusammenschluß ist immer dasselbe: Verbilligung der Be- und Vertriebskosten, Verteilung des Risikos, Ersparnis an Umsatzsteuer und — das Wichtigste — Sicherung des Profites. Der letzte Geschäftsbericht der Schultheiß-Pagenhofer A.G. gibt als Grund der Konzentration ganz offen zu, man müsse das Unternehmen auf breitere Grundlage stellen, um auch bei schlechtem Geschäftsgang den Aktionären eine genügende Rente zu sichern. Schultheiß-Pagenhofer vereinigt deshalb in sich auch Beseffabriken, Mühlen und Produkten-Handelsgesellschaften für Gerstenbedarf, Branntweinabfälle usw. Kapitalistische Konzentration, Volksoberelendung — wir sind auf dem Wege durch das Fegefeuer, das Karl Marx prophetisch vorausgesehen hat.

Langsame Besserung der Wirtschaftslage Großbritanniens. Bezeichnend für die gegenwärtige Wirtschaftslage Großbritanniens ist das Steigen der Kohlenausfuhr. Ihr Wert betrug in den Monaten Jänner bis September 1921/22 etwa 14 Millionen Pfund Sterling, in der gleichen Zeit des Jahres 1922 fast 30 Millionen Pfund Sterling. Die Kohlenproduktion weist auch im Monate Oktober seit 1919 nicht wieder erreichte Rekordziffern auf. Auch in der Eisen- und Stahlindustrie, im Transportgeschäft hält eine leichte Besserung an. In der Baumwollindustrie ist zwar die Besserung noch nicht eingetreten, aber es mehren sich die Meldungen über den Abverkauf der Lager und erhöhte Nachfragen aus den Kolonien.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Swiss. Frank	0'17.45
Berlin	Mark	274.31
Wien	öster. Kr.	2372.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1230.50	1234.50
100 Mark	0'29.50	0'49.50
100 schwed. Frank	573.50	576.50
100 Lire	133.00	134.50
100 franz. Frank	197.75	199.25
1 Pfund Sterling	139.87	141.37
1 Dollar	31'42.50	31'82.50
100 belg. Frank	179.00	181.00
100 Dinar	50.75	51.25
100 öster. Kronen	0'04.00	0'05.00
100 poln. Mark	0'14.50	0'24.50
100 maghar. Kronen	1'22.60	1'32.00

Züricher Schlusskurse.

Berlin	0'06.75	Paris	34.60.00
Wien	0'00.78	Mailand	23'10.00
Prag	17.45	Budapest	0'22.00
Holland	214.12	Batam	2'20.00
New York	5'45.00	Barischau	0'03.12
London	2'48.00	Wien gef.	0'00.00

Der Film.

Ein Filmarchiv. Die Geschichte des Films ist innig mit dem Namen Karl Laemmle verknüpft, einem Deutschamerikaner, dem die Lichtbildkunst unbedingte ihre heutige Höhe zu verdanken hat. In das kleinste Nest dringen die Filme, welche er in „Universal-City“, der Filmhauptstadt der Welt, herstellte. Ein Besuch im Pariser „Louvre“ hat in ihm den Wunsch geweckt, ein ebensolches Institut in Amerika zu errichten, welches speziell zur Aufbewahrung von Filmen dienen soll. In Amerika ist vom Gedanken zur Ausführung ein kurzer Sprung. Der Plan zu dieser Stiftung ist bereits fix und fertig, die Parzelle liegt im Central-Park-Distrikt. Das Gebäude wird ganz aus weißem Marmor hergestellt sein und einen riesigen Saal mit Jalousievorhang für einige tausend Personen haben. Jeder Filmproduzent hat das Recht, seine Filme diesem Archiv einzuliefern und das Publikum wird Gelegenheit haben, die Werke der Lichtbildkunst im Archive zu besichtigen. Künftige Geschlechter werden dadurch die Möglichkeit haben, die Kulturgeschichte nach einer bestimmten Seite hin genau zu studieren. Sitten, Gebräuche und technische Errungenschaften der Jetztzeit können im Filmarchiv auf immer plastisch und wahrheitsgetreu niedergelegt werden. Man wird sich einen Film ansehen und in ihm Autor, Moden, Einrichtungsgeschäfte, kurzum, unser heutiges Leben und unseren Weltcharakter kennen lernen und so wird der historischen Wissenschaft ein neues, wichtiges Hilfsmittel zu wachsen.

Die amerikanische Filmindustrie. Amerika — beim Klange dieses Wortes denken wir an Wollentwerfer, Multimillionäre, Großzügigkeit und — Arbeit. Die Intensität, mit welcher dort gearbeitet wird, ist sprachlos. Wie heute Amerika in allem beherrschend ist, so nimmt es auch auf dem Gebiete der Lichtspielkunst die erste Stelle ein. Nirgends ist das Kinowesen so hoch gekommen wie in Amerika. Während die Millionenstadt New York ein einziges Theater aufweist, welches dem Range nach den unseren entspricht, die Metropolitan-Oper, finden wir in einer einzigen Straße, dem Broadway, gegen 200 Lichtspieltheater, welche an Pracht und Größe des Innenraumes mit jedem größten europäischen Theater wetteifern können. Nirgends ist eben das Kinowesen so hochgekommen wie in Amerika. Dementstehend steht die Filmindustrie Amerikas auf der höchsten Stufe, und so sehen wir denn auch amerikanische Filme oft in den heimischen Kinos. Hand in Hand mit dem Ausbau der Filmindustrie geht die Klammere und wir würden uns in ein Wunderland verkehrt glauben, wenn heute plötzlich eine echt amerikanische Klamme für einen Film gemacht werden würde. Die Klamme für einen Film kostet stets oder beinahe immer soviele Geld wie der Film selbst. Ein Beispiel, um wofür für Summen es sich da handelt: Vor einigen Monaten wurde in Amerika ein Film

hergestellt, welcher nur anderthalb Millionen Dollars (15 Millionen Ks) gekostet hat. Zu diesem Film wurden in Kalifornien, wo sich die größte Filmstadt der Welt befindet (Universal City) ganze Stadtteile von Monte Carlo, genau nach der Natur, aufgebaut. Der Film wurde Lenten vorgeführt, welche Monte Carlo genau kennen, und sie konnten nicht glauben, daß diese Bilder nicht an Ort und Stelle aufgenommen wurden. Wo Amerikas Filmindustrie mit solchen Mitteln der Technik und Regie arbeitet, kann es natürlich von keinem anderen filmherzeugenden Lande übertroffen werden.

Kunst und Wissen.

„Die Engenotten“ im Prager Deutschen Theater. Meyerbeer scheint eine Auferstehung zu erleben. Und das wäre, was man auch gegen die Gattung der rückwärtslos auf den Effekt losgehenden großen Oper sagen könnte, deren Neugierlichkeit und Unwahrheit schon der jugendliche Richard Wagner bekämpfte, insofern ein Gewinn für die Oper, als damit eine Renaissance der Gesangskunst Hand in Hand gehen müßte. Die Engenotten 3. A., einer der Höhepunkte der großen Oper, stofflich und musikalisch hochinteressant, verlangen von den Darstellern nicht nur technische Fertigkeit, sondern (besonders im 4. Akt) großes musikalisches Verständnis, ohne das die gewaltigen Dimensionen der Szenen nicht bewältigt werden können. Kapellmeister Kriegl, der die Aufführung leitete, hat in dieser Richtung das Mögliche getan; auf sein Konto muß es in erster Linie gesetzt werden, daß die Vorstellung so lebhaft wirkung gemacht hat. Und dabei hatte der jugendliche Dirigent mit nicht weniger als vier Gastängern und etlichen Neubesehungen zu tun. Den Vogel hat von diesen entschieden Herr Frh. R. a u h von der Mündener Staatsoper abgeschossen. Sein männlich schönes Organ, das am freiesten und glänzendsten in der höchsten Lage klingt, sein schlichtes Spiel und die seltliche Musikalität gewonnen ihm alle Herzen. Als Diener des Raoul war Kammeränger Holmayer in die Breche gesprungen, dessen Sicherheit und Temperament angenehm berührten. Auch die Herren des heimischen Ensemble boten sehr gute Leistungen, besonders Verthold Sterned als Graf Saint Bris und Heinrich Schönberg als Neders. Von den Damen kann nicht so viel des Guten berichtet werden, am besten konnte man sich noch mit der Valentine der Frau Viered-Kimpel befremden, die neben einigem Ausdruck auch Verständnis für größere Formen aufwies. Der gute Zug aber, der durch die ganze Aufführung ging, half über alles hinweg und wurde entsprechend anerkannt. Dr. F. A.

Neues Theater. Heute, den 10.: „Martha“ (Gastspiel Krauß-Musil); Samstag, den 11.: „Der Barbier von Bagdad“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Die schöne Helena“, abends „Die Vajabere“.

Kleine Bühne. Heute, den 10.: „Lebende Stunden“; Samstag, den 11.: „Wauwau“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Der Werwolf“, abends „Papa“.

Turnen und Sport.

Leichtathletik. Das Laufen Rund um Paris. Am Sonntag fand bei Paris das vom „Auto“ veranstaltete Rennen „Rund um Paris“ statt, das über 38 Kilometer 950 Meter führte und in zehn Etappen eingeteilt war. Sieger blieb der Club Athlétique des Sports Génorax mit der Mannschaft: Broffard, Manhes, Jfola, Jaquelin, Schnellmann, Piger, Ponjet, Henry, Kubinet, Corlet in 2:11:48¹/₂ vor Metropolitan Club 2:12:15¹/₂. Dann folgten Racing Club in 2:21:14¹/₂, Amical C. P., C. S. Poissiere, C. S. France, White Harriers.

Breitenstraetor geschlagen. Am Dienstag fand in Berlin der mit so großer Spannung erwartete Boxkampf Breitenstraetor gegen den Deutschamerikaner Samson im Berliner Sportpalast statt. Breitenstraetor hatte Samson zu diesem Kampfe herausgefordert, der mit dem Siege Samsons endete. Bereits in der siebenten Runde mußte Breitenstraetor zum erstenmal zu Boden gehen, in der achten Runde blieb er bis neun unten, und in der neunten Runde wurde er von Samson knock-out geschlagen. Breitenstraetor protestierte nachträglich gegen seine Niederlage, doch die Schiedsrichter erklärten Samson unter großem Jubel des Publikums zum Sieger.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Dr. Mabuse vom 10. November im Bio Sans-Jouci. Ein Querschnitt durch unsere Zeit — so könnte füglich der großartige Film „Dr. Mabuse, der Spieler“ heißen. Was die ungeliebte Nachkriegszeit an neuen sozialen, wirtschaftlichen und seelischen Erscheinungen zur Reife gebracht hat, erhält in diesem Film der Tricolore Film-Ges. Gestalt und Leben. Hier tobt der Kampf um Geld und Gewinn mit den modernsten Mitteln, die Schlachten an der Börse werden vor unseren Augen geschlagen, auf den grünen Tischen der Spielfläche werden Vermögen in einer Nacht gewonnen und verloren; im Tannmel erotischer Genüsse, in Varietés und Tanzlokalen, oder bei den wüßigen Aufregungen spiritistischer Sitzungen, für ganz raffinierte und Kulturgefällige bei den Ausläufern des Expressionismus gibt es dann mörderische Erholung für die überreizten Nerven. Das Verbreden blüht als Giftblume auf diesem Düngerhaufen der modernen Großstadt und die Gestalt eines Gentlemanverbrechers, eines Uebermenschen von mächtigem seelischen Format erhebt sich vor dem bunten Hintergrund einer maßlos spannenden Handlung als Typus unserer Zeit. Dr. Mabuse als Seelenbeherrscher, als Hypnotiseur einer Generation, als böses Prinzip einer für den Verfall reifen Epoche ist der Held der von Norbert Jaques in seinem Roman gezeichneten Handlung, die in Frh. Lang einen unergleichlich geschickten Regisseur hat. In diesem Meisterfilm von „Dr. Mabuse, der Spieler“ wird unsere Zeit sich wie in einem Spiegel sehen. 117¹/₂

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Cermak. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bio-Programm vom 10. November bis 16. November.

LIDO-BIO (1186)

„Desdemona“ (Der Karneval von Venedig). Gr. Ges. Gesellschafts-Drama in 7 Teilen. Nächstes Programm: VIKTOR HUGO. Neunundneunzig.

Dr. Mabuse, der Spieler. I. Epoch.

SANSSOUCI (1071) Telefon 3497.

Dritte Woche.

KID BIO HVÉZDA (1185) Tel. 9157.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 106 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 106 Prag-Nelazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Bereinshaus Prag, Smetky 22 (Urania). 1060

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich Konzert. 1062 PRAG II., Hybernska Nr. 7.

Teplitz-Schönau. **CAFE EUROPE** Bahnhofstraße.

Wettbewerb MARKE TEEKANNE

75000 Ks. Preise

- Barpreise im Werte von Ks. 18000**
- Warenpreise** 57000
- Nr. 1 1 Preis in bar Ks. 5000.—
 - Nr. 2 1 Preis in bar 4000.—
 - Nr. 3 1 Preis in bar 3000.—
 - Nr. 4-5 2 Preise à Ks. 2000.— 4000.—
 - Nr. 6-7 2 Preise „ 1000.— 2000.—
 - Nr. 8-57 50 Preise = Japanische Original-Aquarelle und Radierungen eines berühmten japanischen Künstlers im Werte von 33400.—
 - Nr. 58-257 200 Preise, bestehend aus je einer Original-Teedose „Marke Teekanne“ Kursoal-Melange, Wert à Ks. 100.— 20000.—
 - Nr. 258-457 200 Trostpreise, bestehend aus je einem 100-Gramm-Paket Tee „Marke Teekanne“ Melange O, Wert à Ks. 18.— 3600.—
 - Ks. 75000.—

Gefordert werden Musterarbeiten für Kinder- und Damen-Kleidungsstücke, Luxus- und Gebrauchsgegenstände und sonstige kunstgewerbliche oder andere Handarbeiten jeden Genres, hergestellt mit Seidenmustern der „Marke Teekanne“.

Endtermin für Einsendung der Handarbeiten: 1. August 1924.

Die Bedingungen des Preisausschreibens sind erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen der „Marke Teekanne“ oder gegen Einsendung einer Freimarkte (Drucksache) bei der ausschreibenden Firma

R. Seelig & Hille, Bodenbach an der Elbe.